

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzzährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (rüb)

Die Aktivisten und der Fascismus.

Es ist ein lautes Stück Arbeit, die Politik der Regierungsdeutschen zu verteidigen, und man darf es mit der Wahrheit wahrhaftig nicht sehr genau nehmen, wenn man wenigstens ein paar leichte Argumente für sie aufbringen will. Da außer der Zerstörung sozialpolitischer Einrichtungen, Bewilligung unerhörter Militäraufgaben, Verschlechterung der demokratischen Grundlagen der Republik und Steigerung der Macht des tschechischen Nationalismus die Regierungsdeutschen nichts an positiven Leistungen aufzuweisen haben, so suchen sie wenigstens der Welt einzureden, ihr Eintritt in die Regierung hätte vieles verhütet, was sonst gekommen wäre, nämlich den Sieg des Fascismus. In Ermangelung besserer Argumente, wird diese Behauptung immer wieder hervorgezerrt, und unbekümmert darum, daß es sich hier um die denkbar ärgste Geschichtsfälschung handelt, wird auf die Unkenntnis und Verächlichkeit der Menschen spekulierend, der Regierungseintritt der drei deutschen Parteien als das Mittel zur Verhütung des Chaos gerühmt. Zur Zeit, als die alltschechische Koalition zerfiel, habe es nur zwei Möglichkeiten gegeben, entweder die Erneuerung der allnationalen tschechischen Koalition oder den Sieg des Fascismus, dem ein Machtkampf zwischen Fascisten und Kommunisten vorausgegangen wäre. Da der tschechoslowakische Fascismus sein Ziel angeblich nur in der völligen Entschleunigung und Unterjochung der im Staate lebenden Minderheitsvölker erblickt, so hätte insbesondere die deutsche Bevölkerung allen Anlaß, den deutschen Regierungsparteien für ihren mutigen Schritt auf den Anien zu danken.

Die Deutschbürgerlichen als die Verhüter des Fascismus! Es hält schwer, bei dieser Behauptung ernst zu bleiben. Sie meinen wohl, daß man schon vernassen hat, mit welchen warmen Sympathien sie alle die Etablierung und die gegen die Arbeiterklasse verübten Gewalttaten des italienischen Fascismus begleiteten, und wie sie ganz unverhohlen in Mussolini ihr Vorbild erblickten. Nichts konnte sie in dieser Liebe beirren, keine der Nordbrennereien und Blutlatz entlockte ihnen das geringste Zeichen menschlicher und sittlicher Empörung. Hätte der tschechische Fascismus die Garantie geboten, daß er im Falle seines Sieges die deutschen Besitzklassen schonen werde, so wären die deutschbürgerlichen Parteien seine eifrigsten Gönner und Förderer geworden, aber auch seit ihrem Eintritt in die Regierung haben sie nicht bewiesen, daß sie diese im Sinne einer scharfen Bekämpfung des Fascismus zu beeinflussen gesucht hätten. Der räuberische fascistische Ueberfall in Szawada wurde unter der tschechisch-deutschen Bürgerregierung in auffallend milder Weise geahndet, und keine andere Bewegung erregte sich solcher Freiheiten und einer solchen Rücksichtnahme wie die fascistische! Selbst wenn man zugeben will, daß die Deutschbürgerlichen an den spezifischen Zielen des tschechischen Fascismus einiges anzusetzen hatten, sein Wesen ist ihnen durchaus nicht so etwas Fremdes, als sie vorgeben. Als Werkzeug zur Zerstörung der Demokratie und zur Anbelagerung der Arbeiterbewegung hätte er jederzeit ihre Anerkennung gefunden. Das geht schon daraus hervor, daß die Bürgerregierung unter ihrer Mitwirkung bemüht war, dem Fascismus Konkurrenz zu machen. Soweit die Bürgerblockmehrheit dem Fascismus der Gajda und Konjorten wirklich entgegenzuwirken bestrebt war, bestand bisher diese Arbeit lediglich darin, ihn als überflüssig erscheinen zu lassen. Viel ärger als sie es getrieben hat, hätte es auch der Fascismus nicht treiben können. Unter Spinas und Nahr-Hartings Mitwirkung hat sie bewiesen, daß es nicht erst des Fascismus bedarf, um ohne jede Rücksicht auf die arbeitenden Klassen die zügellose Herrschaft der Bourgeoisie aufzurichten.

Die ärgste Geschichtsfälschung liegt aber in der Behauptung, der Fascismus wäre nicht zu vermeiden gewesen, wenn sich die Deutschbürgerlichen nicht entschlossen hätten, Herrn Svehla

200.000 Demonstranten auf der Ringstraße.

Die Wiener Arbeiter feiern den Tag der Republik.

Wien, 12. November. (Eigenbericht.) Die Wiener Arbeiter feierten heute den Tag der Republik durch einen Umzug über die Ringstraße. Obwohl das Wetter außerordentlich schlecht war, war die Beteiligung ungeheuer groß und man kann die Zahl der Teilnehmer, die im Zuge marschierten, auf 200.000 Menschen schätzen.

Um 10 Uhr gab der Sekretär der Wiener Organisation, Abgeordneter Paul Richter, auf dem Schwarzenbergplatz den Wehrturnern, deren Zug bis zur Oper reichte, das Signal zum Abmarsch, und Punkt 12 Uhr passierten die letzten Kolonnen den Platz, so daß also der Vorbeimarsch volle zwei Stunden dauerte. Der Zug bewegte sich vom Schwarzenbergplatz über die Ringstraße beim Parlament und beim Rathaus vorbei bis zum Schottenring. Die Beteiligung war so groß, daß die einzelnen Bezirke in doppelten Kolonnen nebeneinander marschierten, ja acht bis zehn in einer Reihe nebeneinander, so daß die Ringstraße in ihrer ganzen Breite von dem Zuge eingenommen war. Der Eindruck der mächtigen Demonstration war gewaltig; dabei marschierten die eigentlichen Proletarierbezirke Favoriten, Ottakring und Floridsdorf noch in stärkerer als Feinerreihen.

Die Ordnung war musterhaft und es kam nirgends zu einem Zwischenfall, besonders da die Polizei es unterließ, sich einzumischen. Doch merkte man überall, an die Mauer gedrückt, schüchtere Wachabteilungen. Den Ordnungsdienst selbst besorgte der republikanische Schutzbund, der nicht nur im Zuge selbst in großen Kolonnen mitmarschierte, sondern auch Spalier bildete. Am Ende des Zuges schlossen sich dann die spalterbildenden Schutzbündler an. Im Zuge wurden viele Fahnen und Standarten mit Aufschriften getragen.

Die heutige Demonstration war die erste seit dem 15. Juli und man hatte ihr daher mit großer Erwartung entgegengesehen. Der Eindruck war allgemein, daß die Demonstration das alte Bild der gewaltigen sozialdemokratischen Demonstrationen der Wiener Arbeiterklasse bot.

Der Finanzminister der Bourgeoisie.

„Arbeiterfürsorge“ auf dem Umwege über die Fabrikanten. — Die Finanztrübe der Gemeinden unvermeidlich. — Die Steuerrückstände bleiben uns noch jahrelang erhalten.

Prag, 12. November. Gestern abends reagierte der Finanzminister Dr. Engliš im Budgetausschuß auf verschiedene im Laufe der Debatte aufgeworfene Fragen.

Zunächst erwiderte er eine neue Theorie über die Selbstverwaltung; heute sei es anders als im alten Österreich, heute sei der Staat selbst der Höhepunkt der Selbstverwaltung. Ueber die Drohung der Selbstverwaltung scheinen dem Herrn Minister schon selbst schwere Bedenken aufzusteigen; wenigstens erklärte er,

daß man definitive Erfahrungen über das Gemeindefinanzgeschäft erst Ende 1928 machen können, bis die wirkliche Aufstellung Grundlage bekannt sein werde. Es sei selbstverständlich, daß es in den Gemeinden zu einer Krise kommen werde, bevor der ganze Projekt zu einer gewissen Stabilisierung kommen werde. Aber es bleibe angeblich nichts anderes übrig.

Durch diese Vermuterei wird jedenfalls immer deutlicher, daß dem Minister selbst langsam Angst wird vor den unausbleiblichen Folgen der Beschränkung der Umlozen. Es ist einfach eine Gewissenlosigkeit sondergleichen.

bei der Bildung einer neuen parlamentarischen Mehrheit zu helfen. Man macht sich keiner Unterschätzung der Gefahr des Fascismus schuldig, wenn man der Meinung ist, daß die fascistische Bewegung trotz des Zulaufes von allerlei mehr oder minder dunklen Elementen, den sie eine Zeitlang fand, niemals so stark war, um Aussicht zu haben, in den Besitz der Staatsmacht zu gelangen. Was ihr fehlte, das war, daß keine größeren proletarischen Massen hinter ihr standen. Wie auch war die Arbeiterbewegung bei uns so schwach und wehrlos, wie das in Italien zur Zeit des „Marisches auf Rom“ der Fall war. Die deutschbürgerlichen Parteien möchten gerne glauben machen, es habe nach der Zerstückelung der tschechischen Koalition eine panikartige Situation geherrscht, die sie gezwungen habe, Hals über Kopf in die Bildung des allnationalen Bürgerblocks einzuwilligen, da sonst das Regierungschiff steuer- und führerlos gewesen wäre. Aber die Dinge lagen doch so, daß die tschechische Koalitionsregierung ohne eine Katastrophe von einer Beamtenregierung abgelöst worden war, die vom demokratischen Standpunkte gewiß kein Ideal war, die aber doch immerhin einen vorläufigen Ausweg bedeutete. Sie durch eine parlamentarische zu ersetzen, lag mindestens eben so sehr im Interesse des tschechischen wie des deutschen Bürgertums. Dessen Repräsentanten brauchen nicht eine größere Eile zu zeigen, als Herr Svehla,

den, die Gemeinden bewußt in schwere Finanzkrisen hineinzujagen, wenn sich der Minister schon jetzt ein Hintertürchen offen läßt, um nach den „definitiven Erfahrungen“ des nächsten Jahres die Sache dann doch wieder irgendwie zu fassen. Auf diese „Erfahrungen“ braucht er doch nicht erst ein Jahr zu warten, das kann er sich schon heute an den Fingern abzählen, wie es mit der Finanzgebarung unserer Gemeinden nach diesem Jahre aussehen wird.

Wenn er glaubt, die Gemeinden hätten in den

Steuerrückständen

eine große Reserve, dann irrt sich Herr Engliš ebenfalls gewaltig; diese Rückstände genügen kaum, um die bisherigen Defizite zu decken! Außerdem kündigt Engliš ja gleich darauf selbst an,

daß es absolut undurchführbar sei, der Volkswirtschaft in einigen Monaten so viele Milliarden (als nämlich die Steuerrückstände betragen) wegzunehmen; das werde noch einige Jahre dauern.

Auf gut Deutsch heißt das, daß die Herrn Fabrikanten ruhig ihre alten Steuerchulden noch jah-

der natürlich mit größtem Behagen die völlig kosten- und opferlose Hilfsbereitschaft der deutschen Aktivisten akzeptierte, der aber, wenn er gesehen hätte, daß er diese Hilfe nicht ohne jedes Opfer erreichen kann, sich schon zu Zugeständnissen bequemt hätte. Aber so weit ließen es die deutschen Aktivisten gar nicht kommen, ihre Sehnsucht nach Ministerposten einerseits, ihr heißer Wunsch andererseits, es Herrn Svehla zu ermöglichen, das Staatsruder im Sinne eines gegen die arbeitenden Klassen gerichteten Kurzes herumzuwerfen, ließ sie an alles andere vergessen.

Daß den deutschbürgerlichen Aktivisten ihr Aktivismus nur das Aushängeschild war und ist, hinter dem sie die materiellen Geschäfte der tschechischen und deutschen Bourgeoisie betreiben, hat ihr Verhalten in der Regierungsmehrheit hundertfältig bewiesen. Sie wollen den Fascismus verhindert haben, in Wahrheit haben sie alles daran gesetzt, keinen arbeitereindlichen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen. Sie haben den politischen Stuhhandel mit Svehla nicht abgeschlossen, weil die deutsche Bevölkerung Anlaß hatte, das Kommen des Fascismus zu fürchten, sondern weil sie der Wunsch trieb, in Gemeinschaft mit der tschechischen Bourgeoisie einmal so recht nach Herzenslust gegen die Arbeiterklasse die Machtmittel des Staates zu mobilisieren und für die Besitzklassen so viel als nur möglich zu crassen.

relang weiter schuldig bleiben können, ohne daß ihnen etwas geschehen wird! Dafür zieht man ja, wie gestern Genosse Dziel bemerkte, den Arbeitern selbst von einem Wochenlohn von 140 K die Steuer gleich im Vorhinein ab!

Etwas eingebildet ist Herr Engliš auch,

wenn er von sich sagt, er habe hundertaufenden Arbeitern manche Träne getrocknet, weil es ihm gelungen sei, die Arbeit in Gang zu bringen und durch Stärkung des Kapitals ihnen Gelegenheit zum Verdienst zu geben;

selbst eine Erniedrigung der Verbrauchssteuern statt der Steuerreform würde angeblich der Arbeiterschaft keine Erleichterungen (!) bringen, denn die Hauptsache sei, daß sich die Räder der Wirtschaft drehen, und dazu sei eine Stärkung des Kapitals (durch die Herabsetzung der direkten Steuern) notwendig.

Schöner könnte ein gutbezahlter Unternehmersekretär schon auch nicht mehr reden!

Die weitere Versicherung des Ministers, daß er der Arbeiterschaft bezüglich der Abzugssteuer so weit als möglich entgegenkommen wolle, muß nach dem vorangegangenen wohl mit der größten Reserve aufgenommen werden.

Etwas befriedigender und vernünftiger war die Erklärung des Ministers auf die Anfrage des Genossen Dziel bezüglich der eventuellen Einführung einer

Goldwährung.

Engliš erklärte bestimmt, daß etwas derartiges nicht geplant sei. Eine Goldwährung werde erst dadurch charakterisiert, daß jeder die Möglichkeit habe, Banknoten gegen Gold umzutauschen; davon seien wir aber noch unendlich weit entfernt. Auch an die Einführung einer höheren Währungseinheit werde nicht gedacht; man sehe an dem Beispiel Oesterreichs, wo die Großhandelspreise den unseren annähernd gleich sind, die Kleinhandelspreise aber höher sind, daß eine solche höhere Währungseinheit ihre Nachteile hat. Dagegen will die Finanzverwaltung den Währungsgewinn bei der Prägung der Fünfschillingstücke dazu benützen, um die Fünfschillingbanknoten durch Münzen zu ersetzen und so ein größeres Kleingeld zu schaffen.

Auf eine Anfrage bezüglich der

Altpensionisten

erklärte Engliš, daß ein Gesetz in Vorbereitung sei, über das er Details jedoch noch nicht mitteilen könne. Die Altpensionisten sollen eine gewisse Zulagenquote erhalten; außerdem soll eine Mindestpension eingeführt werden. Für diesen Zweck sollen etwa 70 Millionen ausgeworfen werden. Dies ist natürlich ein lächerlich geringer Betrag, da man allein für die Regulierung der Gehälter der verhältnismäßig wenigen Altpensionisten nach dem neuen Gehaltsgefüge 30 Millionen benötigt.

Zum Schluß bemüht sich der Minister, in längeren Ausführungen nachzuweisen, daß die Vorwürfe von sozialistischer Seite, als ob die Regierung die ausdrücklich zur Regulierung der Beamtengehälter eingeführten neuen Steuern und Abgaben zu anderen Zwecken verwendet und so die Beamten betrogen habe, nicht richtig seien. Der Staat habe für die Jahre 1925 und 1926 646 Millionen aus diesen neuen Titeln erhalten, aber an Remunerationen für 1924 und 1925 sowie für die Gehaltsregulierung im Jahre 1926 einschließlich der Lehrer 1060 Millionen ausgegeben.

Budgetausschuß.

Engliš über die Schuldenauer Sparkasse. Manche Kriegszentralen noch nicht liquidiert!

Prag, 12. November. In einer Sitzung, die ohne Unterbrechung von 9 Uhr früh bis gegen 4 Uhr nachmittag dauerte, erledigte der Budgetausschuß das Kapitel „Finanzministerkonferenz“ und „Oberstes Rechnungskontrollamt“. Der tschechische Sozialdemokrat Chalupa bemängelte, daß das Versprechen des Finanzministers bezüglich der Altpensionisten an die Bedingung gebunden sei, daß sich in Rahmen des Budgets in anderen Ausgaben eine Ersparnis findet. Er polemisiert sodann gegen die gestrigen Ausführungen des Finanzministers, die wir an anderer Stelle veröffentlichten.

Minister Dr. Engliš berührt in seiner Antwort unter anderem die Frage der

Schuldenauer Sparkasse.

Hier handle es sich nicht darum, daß der Staat aus staatlichen Mitteln die Sparkasse saniere, sondern um die Ausnützung des Gesetzes vom Jahre 1924 über die Kriegsanleihen, um der Schuldenauer Sparkasse die Zeichnung der vierten Staatsanleihe auf Grund ihrer Kriegsanleihe

zu ermöglichen. Es handle sich um eine Transaktion, damit die Klasse die Zeichnung vornehmen und so ihre Gläubiger befriedigen könne. Solange die Kurse der Staatspapiere sehr niedrig standen, mußte man abwarten, bis sie steigen, weil sonst der Staat zu große Opfer hätte bringen müssen. Die Angelegenheit wurde im Ministerrat schon prinzipiell beschlossen und die Finanzverwaltung ist ermächtigt, die Sache schrittweise durchzuführen. Dies geschieht unter Beteiligung aller Interessenten.

In der weiteren Debatte richtete Dr. Rosche (deutschnational) an den Finanzminister eine Reihe von Anfragen über das Finanzgesetz und verlangt, daß der Finanzminister bei den Handels- und Verkehrssteuern endlich einmal von der Theorie in die Praxis übergehe und wirklich abbaue. Bezüglich der Steuer vom Dienstlohn solle man einen einfacheren Modus finden und die Wirtschaft von den allzu großen Formalitäten befreien.

In einer Antwort an den Abgeordneten Dr. Gayer äußerte sich der Finanzminister auch über die Frage der Verpachtung der Eisenbahnen. Er betonte, daß die Eisenbahnen als wichtiges volkswirtschaftliches Instrument so verwaltet werden müssen, daß die öffentlichen Interessen gewahrt bleiben. Der Minister könnte erst dann eingreifen, wenn man mit einem bestimmten Projekt käme; auf keinen Fall aber dürfe man zulassen, daß aus den Steuern der gesamten Steuerträger auf die Eisenbahnen draufgezahlt werde.

Der Präsident des obersten Rechnungskontrollamtes Dr. Körner beschäftigt sich mit einzelnen Details, darunter auch mit der Liquidierung der Kriegszentralen, über die allerdings die einzelnen Ministerien Rechnung zu legen hätten, denen sie untergeordnet waren. Die Wirtschaft der Kriegszentralen während der letzten Zentralen überprüfte aufwies, die in die Staatskasse flossen. Bei einigen ist die Liquidation noch nicht beendet.

Genosse Hadenberg

beschäftigte sich zunächst, wie wir an anderer Stelle berichten, mit der Lage der Tabakarbeiter. Dann legte er ausführlich dar, wie die Krankenkassen durch die vorgeschriebene Ueberprüfung der Lohnlisten nach dem neuen Gesetze über die direkten Steuern außerordentlich belastet sind; es ist selbstverständlich, daß die Kassen sich zur Wehr setzen, wenn sie direkt eigene Beamte für die Zwecke der Steuerverwaltung einstellen sollen.

Genosse Hadenberg nahm sich aufs wärmste der Altpensionisten an

und erklärte, diese armen Teufel würden immer wieder vertrieben. Jedes Jahr hören sie, daß ihre Lage geregelt werden soll; auf hundertsten Versammlungen haben alle Parteien versprochen, sich für die Altpensionisten einzusetzen, und doch sollen sie wieder warten, bis „Ersparungen“ bei ähnlichen Kapiteln die Regelung ermöglichen. Da muß sich dieser Leute doch geradezu die Verzweiflung bemächtigen!

Weiters verlangt Redner, daß die zuständigen Ministerien über die bereits liquidierten

Kriegszentralen

Rechnung legen und daß die Liquidierung dort, wo sie noch nicht beendet ist, beschleunigt werde.

Abfuhr des Herrn Dr. Stern.

Zum Schluß besuchte sich Hadenberg mit den Ausführungen seines Vordröners, des Kommunisten Dr. Stern, der es sich nicht verlagern konnte, zur Freude der Regierungsparteiler Angriffe gegen die Sozialdemokraten zu richten. Haden-

berg erklärte: Wir überlassen es dem Urteil der Öffentlichkeit und auch der Arbeiterschaft, ob die hier von uns geleistete Arbeit in sachlicher Kritik des Voranschlages eine entsprechende war. Wenn diese Kritik auch keine Erfolge zu zeitigen imstande ist, so bedeutet sie doch eine notwendige Arbeit, zu deren Ausführung wir in dieses Parlament entsendet worden sind. Wenn Herr Kollege Stern erklärt, daß wir an der Arbeiterschaft „Vertrauen“ genötigt haben, weil wir ihrer Einladung, eine Einheitsfront zu bilden, bei verschiedenen Anlässen nicht Folge geleistet haben, so ist ihm darauf zu antworten,

daß der Verrat an der Arbeiterschaft durch die Sprengung der Einheit an der Arbeiterschaft begangen wurde. Die Kommunisten haben sie herbeigeführt

Beschwerden der Tabakarbeiter. Genosse Hadenberg zum Kapitel „Tabakregie“.

Genosse Hadenberg besprach in der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses die Lage der Arbeiterschaft in der Tabakindustrie, die eine sehr triste ist. Die Lohnregelung nach der Verordnung vom 31. März hat die Lage der Arbeiterschaft in seiner Weise verbessert. In vielen Fällen mußten Ausgleichszulagen gewährt werden, um eine Schädigung gegenüber den bisherigen Bezügen zu vermeiden. Genosse Hadenberg geht nun im Detail die einzelnen Paragraphen der zitierten Verordnung durch und demonstriert an Beispielen, welche schwere Schäden den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen daraus erwachsen. Die Arbeiterinnen empfinden es als schweres Unrecht, daß ihre Dienstalters-Zulagen geringer sind als bei den Männern. Materiell geschädigt werden die Tabakarbeiter auch durch das Feiertagsgesetz. Als noch die Doppelfeiertage bestanden, haben die Arbeiter den Feiertag bezahlt erhalten, aber nicht arbeiten müssen. Jetzt gilt der Feiertag als Arbeitstag und wer zu Hause bleibt, bekommt keinen Lohn.

Genosse Hadenberg verlangt weiter eine Remuneration in der Höhe von zwei Wochenverdiensten, während bisher nur ein Wochenverdienst gezahlt wird. Unrecht ist es auch, daß selbst von den Wöchnerinnen-Unterstützungen und von den Stillprämien Steuerabzüge gemacht werden. Er kommt zu dem Schluß, daß die Verwaltung der Tabakregie nicht so glänzend ist, wie es dargestellt wird. Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, zufrieden zu sein, sondern muß die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen verlangen.

Die Agrarier als Herren der Republik.

Das „Bravo Lidn“ schildert zutreffend in einem Artikel, wie es die Agrarier verstanden haben, die wichtigsten Aemter der Republik in ihren Besitz zu bringen:

Die agrarische Okkupation dieser Republik ist in der Tat schon vollständig, außer der Würde des Präsidenten kontrollieren oder befehlen die Agrarier fast alle bedeutsamen politischen Stellen. Alle Hauptobjekte der Staatsverwaltung befinden sich entweder direkt in ihren Händen oder sind sie wenigstens in agrarischen Intentionen geleitet. Die Agrarier kontrollieren die Armee, die innere Verwaltung, die Finanzen, das Schutzwesen und die Landwirtschaft, sie entscheiden über öffentliche Bauten, repräsentieren das Parlament, haben den Vorsitz in der Regierung, führen das Vo-

und dadurch nicht nur die Schlagkraft des Proletariates geschwächt, sondern auch bewirkt, daß Tausende und aber Tausende von Arbeitern in das Lager von anderen Parteien übergegangen sind. Die Kommunisten haben keinen Anlaß vorübergehen lassen, ohne die sozialdemokratische Partei, mit der sie eine „Einheitsfront“ bilden wollen, zu befehlen, zu verleumden und zu verdächtigen. Dann muß man es sich überlegen, mit ihnen überhaupt zusammenzugehen und gemeinsam einen Weg zu gehen! Durch solche Angriffe, wie sie sie bei jeder Gelegenheit gegen uns erheben, werden sie die Zusammenfassung aller Kräfte gegen die Reaktion sicher nicht beschleunigen!

Montag wird das Kapitel „Landwirtschaft“ in Angriff genommen werden.

denamt, entscheiden darüber, wer Karpathoruthland verwalten wird, haben den größten Einfluß in der Verwaltung der einzelnen Länder. Sie beherrschen die hauptsächlichsten wirtschaftlichen und politischen Ministerien, haben überall ihre Beamten und stoßen nirgends auf Widerstand der übrigen Bürokratie, welche sie ständig in größerer Anzahl bei städtischen Wahlen wählt, die Agrarier führen eine systematische Okkupation der Republik durch. Es gibt kein einziges in der letzten Zeit herausgegebenes Gesetz, das ihnen nicht irgend einen Vorteil brächte, was alles die städtischen Schichten und die Dorfarmen bezahlen. Für sie wurde das Finanzgesetz gemacht, welches vor ihren Klassenforderungen halt gemacht hat und für sie wird nun auch die Novellierung der Sozialversicherung gemacht.

Diese Herrschaft des Agrarierums, dem sich die ganze Bourgeoisie immer mehr beugt, wird erst ein Ende finden durch das politische Wiederaufleben der Arbeiterklasse.

Der Kampf um die Sozialversicherung. Eine Massenversammlung in Prag.

Freitag abends fand im großen Saale der Produktionswerke eine große, von der Tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung einberufene Manifestationsversammlung gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung statt. Es waren soviel Menschen erschienen, daß die an den Saal anstehenden Gänge ebenso wie alle Nebenräume dicht besetzt waren, so daß zwei Versammlungen abgehalten werden mußten. In der ersten Versammlung sprach Gen. Tahrerle, in der zweiten Gen. Klement. Die Redner wurden oft von Beifallsbekundungen der Anwesenden und von Protestrufen gegen die Bürgerparteien unterbrochen. In der zur Annahme gelangten Resolution wird insbesondere gegen die Verschärfung des Umkreises der Versicherten der Alters- und Invaliditätsversicherung (gegen die Ausscheidung der Heimarbeiter und der Saisonarbeiter), ferner gegen die Herabsetzung der Versicherungsleistungen bei den landwirtschaftlichen Arbeitern und den Hausgehilfen, gegen eine weitere Zersplitterung der Krankenversicherung, gegen die Verschlechterung der Heilpflege durch Aufhebung des gesetzlichen Beitrages von 100 Millionen Kronen prozentiert und gegen die Inzurechtsetzung der Sozialversicherung Stellung genommen. Verlangt wird insbesondere die Beseitigung der Praxis, den Versicherten das Krankengeld erst vom vierten Tage der Erkrankung auszubehalten und den Arbeiterwitwen die Rente erst zu bemessen, wenn sie invalid sind oder wenn sie das 65. Lebensjahr erreichen. In der Resolu-

tion wird ersehnt, daß die Erhöhungsbeträge der Alters- und Invaliditätsrenten analog geregelt werden, wie es bei der Pensionsversicherung der Privatangestellten der Fall ist. Verlangt wird eine Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente wenigstens auf sechzig Jahre und eine nachträgliche gesetzliche Versorgung der aus der Arbeiterversicherung ausgesonnenen Personen über 60 Jahre. Die Versammlung sprach sich ferner für die Forderungen der Gewerkschaftsvereinigung betreffend die Versicherung der Privatangestellten und die Bergarbeiterversicherung aus und gegen den Ausschub der Wahlen in die Krankenversicherungsanstalten. — Die Polizei des Herrn Cerny war in Bereitschaft, hatte aber keine Gelegenheit gefunden, einzugreifen.

Der Senat wird für Mittwoch, den 16. ds., um 4 Uhr nachmittags zu einer Plenarsitzung einberufen. Auf der Tagesordnung steht ein Regierungsentwurf über die für die Eintragung ins Handelsregister entscheidende Steuergrundlage, der provisorische Handelsvertrag mit der Türkei und die zweite Lesung des Gendarmeriegesetzes. Eine halbe Stunde vorher findet eine Ausobmannerkonferenz statt. Mittwoch um 10 Uhr tagt der Budgetausschuß, um 11 Uhr der Immunitätsausschuß. Der sozialpolitische Ausschuß tritt nach dem Plenum zusammen.

Abgeordnetenhaus. Ausschüsse tagen: Mittwoch, den 16., um halb 3 Uhr, Außenaußschuß, um 3 Uhr Immunitätsausschuß und um halb 4 Uhr verfassungsgerechlicher Ausschuß.

Telegramme.

130.000 Zigarrenarbeiter ausgeperrt.

Berlin, 12. November. (Eigenbericht.) Nachdem auch die letzten Einigungsversuche im Reichsarbeitsministerium gestern gescheitert sind, werden ab kommenden Montag sämtliche Zigarrenfabriken in Deutschland stillliegen und rund 130.000 Arbeiter feiern. Die Großelntausengesellschaft deutscher Genossenschaften sperrt ihre drei Fabriken natürlich nicht aus; diese werden voll beschäftigt sein.

Streik der Berliner Metallgießer?

Berlin, 12. November. Die Streikabstimmung in den Eisengießereien des Verbandes der Berliner Metallindustriellen hat laut „Vorwärts“ ergeben, daß die notwendige Dreiviertel-Mehrheit für den Streik weit überschritten worden ist. Vor der Arbeitseinstellung soll der Schlichtungsausschuß am Montag noch einmal zusammentreten.

Die gefälschten Renten Blumensteins.

Neue Verhaftungen.

Paris, 12. November. In der Affäre der gefälschten Renten ist gestern eine neue Wendung eingetreten. Die Polizei hat auf Grund einer bestimmten Spur die Erlassung eines Steckbriefes gegen den 48jährigen Ingenieur Jean Fallot's gefordert, welcher an der Spitze einer Industriegesellschaft steht und als leitende Persönlichkeit einer Finanzgruppe in die Machinationen Blumensteins verwickelt ist. Er wird heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Weitere Verhaftungen werden erwartet. Dem „Petit Parisien“ zufolge, ist ein Dutayester Polizeikommissar behufs Teilnahme an den Nachforschungen in Paris eingetroffen.

Der falsche Brinz.

12 Leben und Abenteuer.

Von Harry Tomela.

Das Urteil war gerecht! Wegen Vöfel-diebstahls verurteilt . . .! Aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgestoßen . . .! War ich für den Mann im schwarzen Talar überhaupt ein Mensch gewesen? Wie gleichgültig hatte er über meine Zukunft entschieden. Ob er und seine Welt sich bemüht sind, wie furchtbar die Macht ihres Amtes ist . . .?

Meine Strafe war durch die Unteruchungs-haft bis auf einen Tag verbüßt. Am nächsten Morgen wurde ich entlassen. Mit ein paar durch Tütenleben verdienten Geldscheinen, die nicht einmal dazu reichten, mir einige Brötchen zu kaufen, verließ ich das Gefängnis. Einer der Gefängnisaufseher sah mich höhnisch an. „Nun, wann kommst du denn wieder? Wann wirst du dein nächstes Ding drehen?“ Ich gab ihm keine Antwort. „Na, dann auf Wiedersehen in vierzehn Tagen!“ rief er mir nach.

Das alte Bettlerleben begann jetzt wieder. Noch älter war es geworden. Meine Al-der waren sadenscheinig und dürftig. Zu niemandem konnte ich gehen und mich mit meiner Schande und Verzweiflung verkleiden. Ausgestoßen aus der Gesellschaft der Ehrbaren, ausgestoßen . . .! Ein letzter Rest der Moral meines Elternhauses bäumte sich in mir auf. Aber bald fiel ich wieder in mich zusammen. Ich bettelte, trieb mich des Nachts verzwweifelt und abgestumpft in den Straßen umher und schlief in den Wartesälen jetzt am Tage, so daß ich keine Revisionen zu besprechen hatte. So ging es einen Tag nach dem andern. Ich kam mir selbst so beschmutzt und verworfen vor. Durfte ich jetzt überhaupt noch erwarten,

daß ein Mensch zu mir freundlich war? Zu mir, einem Dieb? Durfte ich von nun ab überhaupt ein anderes Leben fordern? Vorbestraft, wie ich nun war, mußte ich da nicht froh sein, daß man mich überhaupt duldete? Danke Gott, so widerholte ich mir immer wieder, daß dir jemand noch ein Stück Brot reicht. Kann dir denn jetzt noch ein Mensch Arbeit geben? Ist es nicht selbstverständlich, daß niemand mit einem Dieb zu tun haben will, ist es nicht begreiflich, daß jeder schon aus Gründen der Vorsicht von dir nichts wissen möchte? Also, was willst du denn? Vegetiere, bis es nicht mehr weitergeht.

Ich sank in einer Welt unter, die den wenigsten bekannt ist. Ich sah das Leben der Dirnen und Zuhälter, der Diebe und Bettler, wie sie sich in einer großen Stadt zusammenzufinden pflegen. Sobald es Abend wurde, kamen diese dunklen Gestalten aus ihren Verstecken und pilgerten ihrem gewohnten Bahnhof zu, so wie Klagen bestimmte Häuser bevorzugen und immer wieder dorthin laufen. Auch mich zog es Tag für Tag in dieselbe Gegend, zum Anhalter Bahnhof. Wie die andern ging ich regelmäßig gewisse Straßen, die die gut gewaschenen und gut angezogenen Menschen meiden; so sehr fürchtete ich die Verachtung der Wohlgepflegten. Ich traf immer und immer wieder mit denselben Leuten zusammen. Einer wußte von dem andern in allgemeinen Bescheid. Es waren merkwürdige Menschen darunter, Menschen, die eines besseren Schicksals wert gewesen wären und die nun feillich und körperlich langsam zugrunde gingen. Auch viele junge Leute, aus denen wirklich noch etwas zu machen gewesen wäre. Auch Adlige lernte ich kennen, Jüngens mit einem Minder-geld und mit guter Kinderstube. Sie alle waren diesem Leben verfallen. War diese Art, Menschen vegetieren zu lassen, nicht schlimmer als Mord? Auf diese Art einen Menschen feillich und körperlich zugrunde gehen zu lassen, war es nicht

schlimmer, als ihn totzuschlagen, ihn mit Blausäure zu vergiften wie einen räudigen Hund? Hier wurde eine Generation von Verbrechern heraufgezüchtet, gleichgültig ein Kulturmord mitten in der Höhe kulturellen Lebens und Strebens einer modernen Weltstadt begangen. Ungezähle, die der Fürsorgeziehung überliefert wurden, als sie noch mit Minderungen in die Welt blühten; manche, bei denen eine liebevolle Erziehung, ein Mann wie Pastor Peters, gute Triebe geweckt und gefördert hätte; viele, in denen eine kalt-herzige, unarmherzige Disziplin irgendeines stramm geleiteten Fürsorgeheims alles vernichtet hatte. Jetzt pendelten sie zwischen Strafe und Gefängnis hin und her, meist kleine Ganner, die sich von Gelegenheitsdiebstählen und Betteln nähren. Das Hoffnungslooseste war, daß sie sich meist ganz wohl fühlten, wenn sie so herumvagabundieren konnten. Hatten sie etwas Geld, war es rasch verian, dann bettelten und stahlen sie weiter. Parasiten, die nach einem unierten, ruhelosen Leben als alte Bettler und Landstreicher irgendwo in einem Straßengraben, den weiten Himmel über sich, zusammensinken und erschöpft ihre Seele aushauchen werden. Die Menschen können das dumme Leben der vier Wände nicht mehr ertragen. Sie brauchen Wetter und Wind, Sonne und Regen und den blauen Himmel, der sie immer wieder lockt. Im Sommer wie im Winter ist die Strafe ihre Heimat. Nachts schlafen sie zusammengekrümm im Tiergarten, agüber schliefen sie sich durch die Straßen und leben zu, wo es etwas zu sechten oder zu mausen gibt.

Hundert, Tausende gehen so in der Großstadt unter, und nur den wenigsten gelingt es, wieder hochzukommen. Die meisten werden über kurz oder lang bestraft und immer wieder bestraft; dann ist ihr Schicksal besiegelt. Sie sind nun Verbrecher, Außensteter der menschlichen Gesellschaft, Auswurf, Untermot. Jedermann,

Bürger wie Arbeiter, meidet die Nähe dieser gescheiterten Existenzen — und hat sehr oft nicht einmal unrecht damit.

In dieser Welt war ich jetzt zu Hause. Als Reuling wurde ich von allen im Reich mit einer gewissen Nachsicht behandelt. Ich begegnete einer wohlwollenden Kameradschaft. Dachten sie vielleicht daran prüf, wie sie selbst die ersten Schritte in dieses Leben getan hatten? Jedenfalls war es mir nur dadurch im Anfang möglich, diese Umwelt zu ertragen. Sie empfanden auch, daß ich nicht zu ihnen gehörte. Trotz meines sadenscheinig gewordenen Anzuges stach ich von ihnen ab. Meine Art, mich zu geben, schuf mir selbst unter diesen verrohten Gesellen einen gewissen Abstand, der mit etwas Achtung gepaart war. Selbstam, daß ich schon unter ihnen „der Brinz“ hieß. Wie kam dies mir?! Dabei verlief mein Leben so gar nicht prinziplich. Ein Tag gleich dem andern. Betteln, vagabundieren, essen, schlafen unter den primitivsten Verhältnissen, mitten im Trübel der Großstadt. Der Reich war meine Welt. Ich fürchte, wie allmählich diese Umgebung Macht über mich gewann. Ich begann mich weiben zu lassen, verank in die hoffnungslose, ungeistige, formlose Welt des Lumpenproletariats moderner Großstädte. War ich noch zu retten? Gab es noch eine Umkehr? Ich stand in einer Krise meines Lebens. Ich fiel, verfiel . . . wem? Ich selbst war unfähig, am eigenen Schicksal mich aus diesem Zumb zu ziehen. Nur eine fremde Hand . . . Da sollte ich von ihr auf seltsame Weise gerettet werden.

An einem kalten, klaren Dezembertag des Jahres 1922 — waren einige Tage vor Weihnachten — sah ich im Wartesaale vierter Klasse des Anhalter Bahnhofs. Ich hatte die ganze Nacht so gut wie gar nicht geschlafen und wollte dies nun nachholen.

(Fortsetzung folgt.)

Eisenbahnkonflikt und Konfiskationen.

Von Dr. Egon Schiele.

In den letzten Tagen sind viele Tageszeitungen, auch solche, die Regierungsparteien angehören oder ihnen nahe stehen, wegen des Abdrucks von Nachrichten über den Stand der Bewegung der Eisenbahner, über die „Arbeit fähig nach der Vorschrift“, über „passive Resistenz“, konfiskiert worden. Der Herr Ministerpräsident hat in seiner im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses gehaltenen Rede dieses Vorgehen gebilligt, diesen „energischen Schritt“ gutgeheißen und in Aussicht gestellt, daß auf diesem Wege fortgefahren wird. Die Öffentlichkeit, durch sechs Jahre internationaler und ein Jahr allokationärer Regierung abgestumpft, hat Tatsache und Lob mit Gleichmut aufgenommen. Es lohnt daher vielleicht, einmal unter Absehen von politischer Wertung, rein rechtlich zu prüfen, ob für all diese Konfiskationen eine gesetzliche Grundlage besteht, ob der Herr Ministerpräsident von der Rechtsordnung des Staates, zu dessen oberster Leitung er berufen wurde, auch ermächtigt worden ist, jenen „energischen Schritt“ zu billigen und diesen, wie er sich ausdrückte, „entschiedenen Standpunkt“ einzunehmen.

Die Frage bleibt auch nach Beendigung des Konfliktes auf den Bahnen von aktuellem Interesse; was im Falle der Eisenbahner als recht gehandelt wurde, wird bei der nächsten Gelegenheit von den entscheidenden Faktoren als billig angesehen werden. Die Beantwortung der Frage wird auch zur Lösung des Problems beitragen, ob es tatsächlich, wie der Herr Justizminister im Budgetausschuss ausgeführt hat, die Ueberschreitung der gesetzlichen Grenzen durch die Presse war, die die Zahl der Konfiskationen im laufenden Jahr auf das Doppelte des Vorjahres anschwellen ließ, oder ob nicht die Vernachlässigung der der Beschlagnahme vom Gesetz gezogenen Grenzen durch die Behörden an dem Steigen der Zahl der Konfiskationen ausschlaggebenden Anteil hat.

Es ist davon auszugehen, daß die Verfassung die Pressefreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung gewährleistet, und daß eine Einschränkung dieser Freiheit, sowie jede, die Betätigung der Staatsbürger einengende behördliche Verfügung nur dann zulässig ist, wenn ein Gesetz es gestattet. Wie steht es also mit der gesetzlichen Grundlage dieser Konfiskationen und Konfiskationsdrohungen?

Gemäß Paragraph 187 der Strafprozessordnung können Druckschriften von der Sicherheitsbehörde unmittelbar oder auf Veranlassung des Staatsanwaltes mit Verbot besetzt werden, wenn sie gegen die Vorschriften des Pressegesetzes ausgehen oder verbreitet werden, oder wenn sie ihres Inhaltes wegen im öffentlichen Interesse zu verbergen sind. Ueber die Zulässigkeit der von der Sicherheitsbehörde (Polizei) oder der Staatsanwaltschaft ausgesprochenen Beschlagnahme können naturgemäß nicht Polizei oder Staatsanwaltschaft selbst entscheiden, sondern der Staatsanwalt muß um die Festsetzung der Beschlagnahme bei Gericht einschreiten.

Wenn das Gericht die Beschlagnahme nicht binnen acht Tagen bestätigt, ist die Beschlagnahme erloschen. Selbst wenn das Gericht jedoch die Beschlagnahme bestätigt, muß der Staatsanwalt — wiederum bei sonstigem Erlöschen der Beschlagnahme — entweder den Antrag auf Führung einer Voruntersuchung gegen eine bestimmte Person wegen des durch die Druckschrift begangenen Delikts stellen, gegen diese Person die Anklage überreichen, oder wenigstens, „auch wenn er gegen keine bestimmte Person eine Anklage erhebt, im öffentlichen Interesse begehren, daß das Gericht darüber erkenne, ob der Inhalt einer Druckschrift eine strafbare Handlung begründete, und daß es in diesem Falle das Verbot der weiteren Verbreitung der Druckschrift ausspreche“. Hierüber erkennt das Gericht nach Anhörung des Staatsanwaltes in nicht öffentlicher Sitzung, im sogenannten objektiven Verfahren.

Voraussetzung einer dem Gesetze entsprechenden Konfiskation ist also, daß — abgesehen von Uebertretungen des Pressegesetzes, die uns hier nicht interessieren — durch den Inhalt der konfiszirten Druckschrift eine strafbare Handlung begangen wurde, und daß entweder gegen den Täter wegen dieser strafbaren Handlung ein Strafverfahren durchgeführt wird (subjektives Verfahren), oder daß wenigstens im objektiven Verfahren vom Gerichte erkannt wird, daß der Inhalt der Druckschrift eine strafbare Handlung begründete.

Welche strafbare Handlung beging nun die Verfasser der Zeitungsberichte über den Verlauf der Bewegung der Eisenbahner? Man braucht nicht lange zu suchen, es ist, wie ja nicht anders zu erwarten, ein Tatbestand des Gesetzes zum Schutze der Republik, dem man die Berichte über den Kampf der Eisenbahngestellten zu unterstellen versucht. Es ist Paragraph 18 des Gesetzes zum Schutze der Republik, der, ähnlich wie der durch ihn ersetzt Paragraph 308 des alten Strafgesetzes, denjenigen mit Strafe bedroht, der eine unwahre Nachricht, ohne zureichende Gründe, sie für wahr zu halten, öffentlich mittelst oder auf andere Art verbreitet, obwohl er weiß, daß er dadurch die Bevölkerung einer Gegend oder eines Ortes oder einen Teil dieser Bevölkerung ernstlich beunruhigen wird.

Damit die Konfiskation einer Nachricht ge-

setztmäßig erfolgen kann, muß also insbesondere nachgewiesen werden,

- 1) daß die Nachricht falsch, daß sie unwahr ist,
 - 2) daß der Verfasser keine zureichenden Gründe hatte, sie für wahr zu halten.
- Die Frage, ob die konfiszirten Meldungen wahr oder falsch waren, wollen wir hier nicht erörtern; schon deswegen nicht, damit dieser gegen die Konfiskationspraxis gerichtete Aufsatz ihr nicht zum Opfer falle. Was jedoch gesagt werden muß, ist, daß sowohl die Unwahrheit der Nachricht, als auch insbesondere der Umstand, daß der Verfasser keine zureichenden Gründe hatte, sie für wahr zu halten, nur in einem Verfahren festgestellt und erwiesen werden kann, das zur Feststellung streitiger Tatsachen geeignet und berufen ist.

Es besteht kein juristischer Anstand dagegen, daß der Staatsanwalt das subjektive Strafverfahren gegen den Verfasser oder verantwortlichen Redakteur wegen des durch die Druckschrift begangenen Delikts nach Paragraph 18 des Schutzgesetzes erhebt, denn das subjektive Verfahren, d. i. das ordentliche Strafverfahren ist geeignet und berufen, daß in seinem Verlaufe die Wahrheit und Unwahrheit der veröffentlichten Nachricht festgestellt werde, und sowie daß erhoben wird, ob der Verfasser eventuell trotz der Unwahrheit der Nachricht zureichende Gründe hatte, sie für wahr zu halten; es ist dazu da, daß all dies unter Beweis gestellt, und daß auf Grund des durch-

geführten Beweisverfahrens entschieden werde.

Das sogenannte objektive Verfahren bietet jedoch keinen Raum für die Aufnahme von Beweisen, für die Feststellung der Wahrheit oder Unwahrheit von Tatsachen; das nichtöffentliche objektive Verfahren ist daher bei Delikten, deren Deliktsscharakter aus dem Inhalte der Druckschrift allein nicht entnommen werden kann, zur Rechtfertigung einer Beschlagnahme überhaupt nicht anwendbar. Wo, um die Strafbarkeit festzustellen, neben dem Inhalte der Druckschrift selbst, noch Beweise über strittige Tatsachen aufgenommen werden müssen, wie eben insbesondere beim Delikte des Paragraph 18 des Schutzgesetzes, kann das objektive Verfahren seiner Natur nach überhaupt nicht stattfinden.

Die Konfiskation der Nachrichten über den Kampf der Eisenbahner kann also im objektiven Verfahren überhaupt nicht gerechtfertigt werden. Die Konfiskation kann nur dann zu recht bestehen, wenn der Staatsanwalt gegen den Verfasser oder den verantwortlichen Redakteur die Anklage wegen des Vergehens nach Paragraph 18 erhebt (oder wegen der Uebertretung erheben läßt) und den Mut findet, im Zuge des ordentlichen Strafverfahrens, im Lichte der öffentlichen Verhandlung den Beweis zu führen, daß die veröffentlichte Nachricht unwahr war, und daß der Angeklagte keine zureichenden Gründe hatte, sie für wahr zu halten.

Gegenwartsfragen des Sozialismus.

Das geistige Ringen des österreichischen Parteitanes.

III.

Staat und Arbeiterklasse. — Genosse Renner über das Koalitionsproblem. — Die Werbestraft der positiven Arbeit. — Teilung der Staatsgewalt. — Regierungsteilnahme und Klassenkampf.

Der zweite Hauptreferent des österreichischen Parteitagcs, Genosse Karl Renner, vertrat gegenüber Genossen Bauer die These, daß die Gefahr eines Bürgerkrieges in Oesterreich durch innere Abrüstung gebannt werden müsse und daß daher eine Zusammenarbeit mit jenen Teilen des Bürger- und Bauerntums, das an einen Bürgerkrieg nicht interessiert ist, anzustreben sei. Um die österreichische Arbeiterklasse vor einen neuen blutigen Zusammenstoß mit der Reaktion und das Land vor einer Katastrophe zu retten, verfiert er das Recht und die Pflicht der Arbeiterklasse zur

Anteilnahme an der Staatsmacht.
Ziem Gegenüber zu Bauer ist aber kein grundsätzlicher, sondern er ist — wie Bauer — in seinem Schlusswort feststellte — nur ein Unersehener der Reaktionen. Die tiefgründigen Ausführungen Renners über das Verhältnis von Staat und Arbeiterklasse verdienen ebenfalls Aufmerksamkeit.

Dr. Renner

der in seiner Besprechung der Zukunftsfrage vor einem falschen Begriff der Revolution und vor deren Auffassung im Hegelbestimmte gewarnt hatte, entwickelte sodann seine Gedanken über die Neueinstellung der Politik der österreichischen Sozialdemokratie. Hierzu führte er, von den Auffassungen Otto Bauers einigermaßen abweichend, aus:

In der Sozialdemokratie vollzog sich in den letzten Jahrzehnten ein geistiger Prozeß der Reineinstellung des Staates. Jeder von Ihnen kennt das alte Wort, daß der Staat der Volksgewalt der bestehenden Klasse ist, ein Spruch, der dem Buchstaben nach richtig war bis 1890, vielleicht bei uns noch bis 1918, der aber heute nicht mehr ganz richtig ist. Weislich ist die Regierung Zeigels nur der Volksgewalt der bestehenden Klasse zu sein, aber auch das ist nicht wahr, denn das Vorhandensein einer starken Opposition schon bewirkt,

eine Einschränkung der Macht der Regierung.

und bewirkt auch, daß die arbeitende Klasse fortschreitet, trotz dem Druck der herrschenden Klasse. Es wäre auch wirklich tröstlich, wenn der ganze politische Kampf, den die Arbeiterklasse seit 1848 in immer stärkerem Maße, mit immer größerer Festigkeit führt, nicht bewirkt hätte, daß der Staat eine andere Funktion angenommen hat.

Betrachten wir einmal den Staat in seinen Funktionen. Der alte Militär- und Polizeistaat, der keinerlei Volkspflege oder nur die einfache Armenpflege kannte, war ausschließlich der Volksgewalt der bestehenden Klasse. Aber das ist heute wesentlich anders geworden. Wir haben eine Reihe von Staatsfunktionen, wie die Fürsorge, die soziale Verwaltung, die Schulverwaltung, die zu einem großen Teile den Interessen des Proletariats wirklich dienen. Aber, wird man sagen, die Hauptfunktion des Staates, die Herrschaftsfunktion, Polizei usw., das unterdrückt man dabei. Genossen, auch in diesem Punkte haben wir viel zu lernen. In der überlieferten Staatsauffassung haben wir in den Jahren 1918 und 1919, wo wir an der Macht waren, gesagt: Die Polizei ist ein Herrschaftsinstrument des Kapitalismus, das rühren wir nicht an. Die Polizei hat es hauptsächlich mit proletarischen Gesetzesbrechern zu tun, also

überlassen wir die Polizeiregierung dem Schöber und übertragen wir die Gemeindepolizei dem Bund, damit unsere Genossen in der Gemeinde und besonders in der Gemeinde Wien keine Verlegenheiten haben. Falsche Staatsauffassung! Heute wissen wir, daß es besser ist, und wenn die Polizei hundertmal die Funktion hat, in der großen Mehrheit proletarische Gesetzesbrecher zur Verantwortung zu ziehen, daß es tausendmal besser ist, wenn ein Sozialdemokrat an der Spitze der Polizei steht, wenn eine sozialdemokratische Gemeinde so verfaßt, als wenn man sie den Gegnern ausliefert. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Aber noch anderes kommt in Betracht: Wir haben umgelernt in bezug auf den Staat, in bezug auf die Praxis.

Was ist der Staat?

Kein Begriff! Der Staat ist im wesentlichen eine Gesellschaft in drei Gliedern: Bund,

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Montag.

- Wien.** 17.30: Konzert. 20.00: Konzert. 21.00: Rundfunkkonzert. 21.30: Rundfunkkonzert. 22.00: Rundfunkkonzert. 22.30: Rundfunkkonzert. 23.00: Rundfunkkonzert. 23.30: Rundfunkkonzert. 24.00: Rundfunkkonzert. 24.30: Rundfunkkonzert. 25.00: Rundfunkkonzert. 25.30: Rundfunkkonzert. 26.00: Rundfunkkonzert. 26.30: Rundfunkkonzert. 27.00: Rundfunkkonzert. 27.30: Rundfunkkonzert. 28.00: Rundfunkkonzert. 28.30: Rundfunkkonzert. 29.00: Rundfunkkonzert. 29.30: Rundfunkkonzert. 30.00: Rundfunkkonzert. 30.30: Rundfunkkonzert. 31.00: Rundfunkkonzert. 31.30: Rundfunkkonzert. 32.00: Rundfunkkonzert. 32.30: Rundfunkkonzert. 33.00: Rundfunkkonzert. 33.30: Rundfunkkonzert. 34.00: Rundfunkkonzert. 34.30: Rundfunkkonzert. 35.00: Rundfunkkonzert. 35.30: Rundfunkkonzert. 36.00: Rundfunkkonzert. 36.30: Rundfunkkonzert. 37.00: Rundfunkkonzert. 37.30: Rundfunkkonzert. 38.00: Rundfunkkonzert. 38.30: Rundfunkkonzert. 39.00: Rundfunkkonzert. 39.30: Rundfunkkonzert. 40.00: Rundfunkkonzert. 40.30: Rundfunkkonzert. 41.00: Rundfunkkonzert. 41.30: Rundfunkkonzert. 42.00: Rundfunkkonzert. 42.30: Rundfunkkonzert. 43.00: Rundfunkkonzert. 43.30: Rundfunkkonzert. 44.00: Rundfunkkonzert. 44.30: Rundfunkkonzert. 45.00: Rundfunkkonzert. 45.30: Rundfunkkonzert. 46.00: Rundfunkkonzert. 46.30: Rundfunkkonzert. 47.00: Rundfunkkonzert. 47.30: Rundfunkkonzert. 48.00: Rundfunkkonzert. 48.30: Rundfunkkonzert. 49.00: Rundfunkkonzert. 49.30: Rundfunkkonzert. 50.00: Rundfunkkonzert. 50.30: Rundfunkkonzert. 51.00: Rundfunkkonzert. 51.30: Rundfunkkonzert. 52.00: Rundfunkkonzert. 52.30: Rundfunkkonzert. 53.00: Rundfunkkonzert. 53.30: Rundfunkkonzert. 54.00: Rundfunkkonzert. 54.30: Rundfunkkonzert. 55.00: Rundfunkkonzert. 55.30: Rundfunkkonzert. 56.00: Rundfunkkonzert. 56.30: Rundfunkkonzert. 57.00: Rundfunkkonzert. 57.30: Rundfunkkonzert. 58.00: Rundfunkkonzert. 58.30: Rundfunkkonzert. 59.00: Rundfunkkonzert. 59.30: Rundfunkkonzert. 60.00: Rundfunkkonzert. 60.30: Rundfunkkonzert. 61.00: Rundfunkkonzert. 61.30: Rundfunkkonzert. 62.00: Rundfunkkonzert. 62.30: Rundfunkkonzert. 63.00: Rundfunkkonzert. 63.30: Rundfunkkonzert. 64.00: Rundfunkkonzert. 64.30: Rundfunkkonzert. 65.00: Rundfunkkonzert. 65.30: Rundfunkkonzert. 66.00: Rundfunkkonzert. 66.30: Rundfunkkonzert. 67.00: Rundfunkkonzert. 67.30: Rundfunkkonzert. 68.00: Rundfunkkonzert. 68.30: Rundfunkkonzert. 69.00: Rundfunkkonzert. 69.30: Rundfunkkonzert. 70.00: Rundfunkkonzert. 70.30: Rundfunkkonzert. 71.00: Rundfunkkonzert. 71.30: Rundfunkkonzert. 72.00: Rundfunkkonzert. 72.30: Rundfunkkonzert. 73.00: Rundfunkkonzert. 73.30: Rundfunkkonzert. 74.00: Rundfunkkonzert. 74.30: Rundfunkkonzert. 75.00: Rundfunkkonzert. 75.30: Rundfunkkonzert. 76.00: Rundfunkkonzert. 76.30: Rundfunkkonzert. 77.00: Rundfunkkonzert. 77.30: Rundfunkkonzert. 78.00: Rundfunkkonzert. 78.30: Rundfunkkonzert. 79.00: Rundfunkkonzert. 79.30: Rundfunkkonzert. 80.00: Rundfunkkonzert. 80.30: Rundfunkkonzert. 81.00: Rundfunkkonzert. 81.30: Rundfunkkonzert. 82.00: Rundfunkkonzert. 82.30: Rundfunkkonzert. 83.00: Rundfunkkonzert. 83.30: Rundfunkkonzert. 84.00: Rundfunkkonzert. 84.30: Rundfunkkonzert. 85.00: Rundfunkkonzert. 85.30: Rundfunkkonzert. 86.00: Rundfunkkonzert. 86.30: Rundfunkkonzert. 87.00: Rundfunkkonzert. 87.30: Rundfunkkonzert. 88.00: Rundfunkkonzert. 88.30: Rundfunkkonzert. 89.00: Rundfunkkonzert. 89.30: Rundfunkkonzert. 90.00: Rundfunkkonzert. 90.30: Rundfunkkonzert. 91.00: Rundfunkkonzert. 91.30: Rundfunkkonzert. 92.00: Rundfunkkonzert. 92.30: Rundfunkkonzert. 93.00: Rundfunkkonzert. 93.30: Rundfunkkonzert. 94.00: Rundfunkkonzert. 94.30: Rundfunkkonzert. 95.00: Rundfunkkonzert. 95.30: Rundfunkkonzert. 96.00: Rundfunkkonzert. 96.30: Rundfunkkonzert. 97.00: Rundfunkkonzert. 97.30: Rundfunkkonzert. 98.00: Rundfunkkonzert. 98.30: Rundfunkkonzert. 99.00: Rundfunkkonzert. 99.30: Rundfunkkonzert. 100.00: Rundfunkkonzert. 100.30: Rundfunkkonzert.

Deutschland.

- Berlin.** 17.30: Konzert. 20.00: Konzert. 21.00: Rundfunkkonzert. 21.30: Rundfunkkonzert. 22.00: Rundfunkkonzert. 22.30: Rundfunkkonzert. 23.00: Rundfunkkonzert. 23.30: Rundfunkkonzert. 24.00: Rundfunkkonzert. 24.30: Rundfunkkonzert. 25.00: Rundfunkkonzert. 25.30: Rundfunkkonzert. 26.00: Rundfunkkonzert. 26.30: Rundfunkkonzert. 27.00: Rundfunkkonzert. 27.30: Rundfunkkonzert. 28.00: Rundfunkkonzert. 28.30: Rundfunkkonzert. 29.00: Rundfunkkonzert. 29.30: Rundfunkkonzert. 30.00: Rundfunkkonzert. 30.30: Rundfunkkonzert. 31.00: Rundfunkkonzert. 31.30: Rundfunkkonzert. 32.00: Rundfunkkonzert. 32.30: Rundfunkkonzert. 33.00: Rundfunkkonzert. 33.30: Rundfunkkonzert. 34.00: Rundfunkkonzert. 34.30: Rundfunkkonzert. 35.00: Rundfunkkonzert. 35.30: Rundfunkkonzert. 36.00: Rundfunkkonzert. 36.30: Rundfunkkonzert. 37.00: Rundfunkkonzert. 37.30: Rundfunkkonzert. 38.00: Rundfunkkonzert. 38.30: Rundfunkkonzert. 39.00: Rundfunkkonzert. 39.30: Rundfunkkonzert. 40.00: Rundfunkkonzert. 40.30: Rundfunkkonzert. 41.00: Rundfunkkonzert. 41.30: Rundfunkkonzert. 42.00: Rundfunkkonzert. 42.30: Rundfunkkonzert. 43.00: Rundfunkkonzert. 43.30: Rundfunkkonzert. 44.00: Rundfunkkonzert. 44.30: Rundfunkkonzert. 45.00: Rundfunkkonzert. 45.30: Rundfunkkonzert. 46.00: Rundfunkkonzert. 46.30: Rundfunkkonzert. 47.00: Rundfunkkonzert. 47.30: Rundfunkkonzert. 48.00: Rundfunkkonzert. 48.30: Rundfunkkonzert. 49.00: Rundfunkkonzert. 49.30: Rundfunkkonzert. 50.00: Rundfunkkonzert. 50.30: Rundfunkkonzert. 51.00: Rundfunkkonzert. 51.30: Rundfunkkonzert. 52.00: Rundfunkkonzert. 52.30: Rundfunkkonzert. 53.00: Rundfunkkonzert. 53.30: Rundfunkkonzert. 54.00: Rundfunkkonzert. 54.30: Rundfunkkonzert. 55.00: Rundfunkkonzert. 55.30: Rundfunkkonzert. 56.00: Rundfunkkonzert. 56.30: Rundfunkkonzert. 57.00: Rundfunkkonzert. 57.30: Rundfunkkonzert. 58.00: Rundfunkkonzert. 58.30: Rundfunkkonzert. 59.00: Rundfunkkonzert. 59.30: Rundfunkkonzert. 60.00: Rundfunkkonzert. 60.30: Rundfunkkonzert. 61.00: Rundfunkkonzert. 61.30: Rundfunkkonzert. 62.00: Rundfunkkonzert. 62.30: Rundfunkkonzert. 63.00: Rundfunkkonzert. 63.30: Rundfunkkonzert. 64.00: Rundfunkkonzert. 64.30: Rundfunkkonzert. 65.00: Rundfunkkonzert. 65.30: Rundfunkkonzert. 66.00: Rundfunkkonzert. 66.30: Rundfunkkonzert. 67.00: Rundfunkkonzert. 67.30: Rundfunkkonzert. 68.00: Rundfunkkonzert. 68.30: Rundfunkkonzert. 69.00: Rundfunkkonzert. 69.30: Rundfunkkonzert. 70.00: Rundfunkkonzert. 70.30: Rundfunkkonzert. 71.00: Rundfunkkonzert. 71.30: Rundfunkkonzert. 72.00: Rundfunkkonzert. 72.30: Rundfunkkonzert. 73.00: Rundfunkkonzert. 73.30: Rundfunkkonzert. 74.00: Rundfunkkonzert. 74.30: Rundfunkkonzert. 75.00: Rundfunkkonzert. 75.30: Rundfunkkonzert. 76.00: Rundfunkkonzert. 76.30: Rundfunkkonzert. 77.00: Rundfunkkonzert. 77.30: Rundfunkkonzert. 78.00: Rundfunkkonzert. 78.30: Rundfunkkonzert. 79.00: Rundfunkkonzert. 79.30: Rundfunkkonzert. 80.00: Rundfunkkonzert. 80.30: Rundfunkkonzert. 81.00: Rundfunkkonzert. 81.30: Rundfunkkonzert. 82.00: Rundfunkkonzert. 82.30: Rundfunkkonzert. 83.00: Rundfunkkonzert. 83.30: Rundfunkkonzert. 84.00: Rundfunkkonzert. 84.30: Rundfunkkonzert. 85.00: Rundfunkkonzert. 85.30: Rundfunkkonzert. 86.00: Rundfunkkonzert. 86.30: Rundfunkkonzert. 87.00: Rundfunkkonzert. 87.30: Rundfunkkonzert. 88.00: Rundfunkkonzert. 88.30: Rundfunkkonzert. 89.00: Rundfunkkonzert. 89.30: Rundfunkkonzert. 90.00: Rundfunkkonzert. 90.30: Rundfunkkonzert. 91.00: Rundfunkkonzert. 91.30: Rundfunkkonzert. 92.00: Rundfunkkonzert. 92.30: Rundfunkkonzert. 93.00: Rundfunkkonzert. 93.30: Rundfunkkonzert. 94.00: Rundfunkkonzert. 94.30: Rundfunkkonzert. 95.00: Rundfunkkonzert. 95.30: Rundfunkkonzert. 96.00: Rundfunkkonzert. 96.30: Rundfunkkonzert. 97.00: Rundfunkkonzert. 97.30: Rundfunkkonzert. 98.00: Rundfunkkonzert. 98.30: Rundfunkkonzert. 99.00: Rundfunkkonzert. 99.30: Rundfunkkonzert. 100.00: Rundfunkkonzert. 100.30: Rundfunkkonzert.

Land und Gemeinden. Man überlegt, daß die Landesverwaltungen ein Stück des Staates, die Gemeindeverwaltungen ein Stück des Staates sind. Wien hat bundesstaatlichen Charakter, ist ein Staatsgebilde mit eigener Gesetzgebung. Es wird niemand behaupten können, daß unsere Städte ein Vollzugsorgan der kapitalistischen Klassen sind, und wenn Sie ganz Oesterreich betrachten — und das verüble ich dem Genossen Bauer, daß er Parteien, Klassen, aber nicht die konkreten, fruchtbarsten Verbindungen sieht — was stellt sich da heraus? Hier ist

Die Staatsgewalt geteilt.

Die großen Städte, fast alle Industriestädte, das heißt beinahe die Hälfte, den reichereren Teil dieses Staates verwalten die Sozialdemokraten allein. In einem großen Teil, in den Ländern, verwalten sie mit, und die Reibungen der Staatsmaschine entstehen daraus, daß die einen die Städte, die ändern die Dörfer, die einen die ärmeren, die ändern die kleineren Gebiete verwalten.

Hier kann man also schlechterdings nicht die allgemeine, irgendwo zusammengelesene Marx- und Engels-These auführen, sondern der wahre Marxismus und, ich behaupte auch, der Austromarxismus, erweist sich eben darin, daß man sich des Neuen bewußt wird. Der Marxismus ist eine geschichtliche Methode, das heißt, jeder Tag hat sein Neues, jeder Ort hat sein Besonderes und

es kommt darauf an, das Neue und Eigenartige zu erfassen,

nicht aber das Alte zu wiederholen, das auf die Dinge nicht mehr zutrifft.

Genosse Bauer hat uns vorgeführt, es sei eine allgemeine, geschichtliche Entwicklung, nach der wir aufsteigen. Dieser allgemeine Aufstieg des Proletariats in der Zeit, als nach dem Kriege die Bourgeoisie herrschte, ist durch den 15. Juli nicht unterbrochen worden.

Das ist wahr. Aber wieder möchte ich behaupten, daß die allgemeine Formel des Genossen Bauer unser Verhältnis nicht erschöpft, unsere Stärke liegt nicht in der Propaganda in Wort und Schrift. Wir haben die Zwischenschichten, Kleinbürger, Angestellte und so weiter nicht erfasst mit marxistischen Lehren und mit dem theoretischen Marxismus.

Wir haben sie erobert durch die positive Vertiefungsarbeit der Gemeinde Wien und anderer Städte

(Beifall), nicht durch unsere Politik, unsere Oppositionsstellung im Bunde, die ich nicht kleiner machen will. Durch die Tatsache, daß die Sozialdemokraten, wo sie in einer Gemeinde nur halbwegs mitentscheiden, zeigen, daß sie die Schwachen und Zurückgebliebenen sind, dadurch haben wir diese Schichten gewonnen. Unsere wahre Kraft liegt nicht in agitatorischen, sondern in unseren konkreten schöpferischen Taten, und wenn wir morgen oder übermorgen oder in einigen Jahren wieder zu Gemeindevätern kommen, so werden wir, um die Massen für uns zu gewinnen, nicht hinweisen können auf Gott weiß welche Geistesflüchten, auf Gott weiß welche demonstrationen, nicht hinweisen können auf irgendein revolutionäres Gebaren in den Straßen, sondern wir werden unsere Hausbauten kinematographisch anschauen und vorführen. Und es heißt deshalb, die Arbeiterklasse ganz falsch erziehen, wenn man ihre Seele zu sehr einspinnt in das Aechzere des revolutionären Geknuses und nicht einstellt auf die positive revolutionäre Tat der Verwaltung.

(Stürmischer Beifall.)

Daraus folgt im übrigen weiter: Wir haben es noch immer mit einem veralteten Begriff des Sozialismus zu tun, der durch den Kommunismus neue Lebenskraft bekommen hat. Gerade jetzt wird das Jahrestagsgedächtnis des Volkschenners diese falsche Einstellung bekämpfen. Nach der russischen Legende war bis zum Oktober 1917 Kapitalismus — es kam der Staatsreich Lenin, das große Wunder, und von da ab ist Sozialismus!

Aber durch das Wunder tritt der Sozialismus nicht in die Welt (Beifall) und heute haben die Russen gleichsam die Weltgeschichte nachgezerrt; indem sie den Kapitalismus erst wieder aufbauen, um später zum Sozialismus zu gelangen. Der Sozialismus wird auf ganz andere Weise. Er wird dadurch, daß in allen Formen der Gemeinschaft konkrete schöpferische soziale Arbeit geleistet wird.

Man sagt, die Koalition sei wider das Prinzip des Klassenkampfes. Ich kann dem Genossen Bauer zugeben, daß eine Koalition, die von der Arbeiterklasse nicht verstanden wird, natürlich auch auf die Dauer nicht gemacht werden kann. Das ist richtig. Aber das Nichtverstehen ist nicht die Schuld der Koalition, sondern derer, die sie verstehen sollen. Die Koalition verleiht nur den Kampfthoden des Klassenkampfes. Genau so wie das Parlament die Funktion hat, in neugrubenmäßig von hundert Fällen den Klassenkampf von der Straße weg in den gesetzgebenden Körper zu verlegen und dort unblutig zu gestalten, so verleiht die Koalition den Klassenkampf selbst vom Parlament, soweit es die neue Weiche betrifft, hinweg in die Beratungskammer des Ministeriums. Aber wer da bestreitet, daß dort ein leidenschaftlicher und jähher Kampfsitz findet, irt vollständig. Dauernd allerdings kann dieser Kampf nicht auf diesem Boden geführt werden, und so gebe ich ohne weiteres zu, daß

Koalition allein nur vorübergehend sein können.

Das sagt aber nicht, daß sie an sich dem Prinzip des Klassenkampfes widersprechen."

In der großen politischen Debatte des Parteitagcs wurden die Aufgaben der österreichischen Sozialdemokratie, die Methoden des Kampfes gegen die Reaktion und das Für und Wider der Koalitionspolitik noch ausgiebig erörtert. Wir werden in dem folgenden Schlussartikel die interessantesten Momente dieser Auseinandersetzung nach nachtragen.

Wenn Männer kochen

müssten, würden sie sich nicht so bemühen wie viele Hausfrauen. Warum auch Zeit vergeuden, und sich anstrengen, wenn man eine wie hausgemachte, aber billigere Suppe aus Graf's kochfertigen Suppentabletten (Erbsen, Schwammerl, Nudeln) herstellen kann.

Tages-Neuigkeiten.

Nächstenliebe.

Das war in Paris. Beim Pfarer von St. Martin. Da kommt ein Mann, auf dessen wohlaustrücklicher, weißer Weste eine schwere Goldkette blüht und der ein paar pfundschwere Ringe an den Fingern trägt.

„Chrwürden, Ihre Mildtätigkeit ist bekannt. Ich habe zwei Treppen über mir, eine Nachbarrin, sie ist so krank und schwach, daß sie nur gestützt gehen kann, ihr Mann starb vor kurzer Zeit und ihre vier kleinen Kinder wimmern vor Hunger, da sie ihnen nichts zu essen gibt, bald weiß sie nichts hat, bald weiß sie nicht kann.“

Jetzt wird sie auch die Wohnung bald verlieren, wenn nicht jemand Barmherzigkeit übt und die rückständige Miete von 75 Francs für sie bezahlt.“

Ergriffen entnimmt der Geistliche seiner Geldtasche den Betrag und überreicht ihn dem Manne.

„Wer seid aber Ihr, der Ihr Euch dieser Leute annehmet?“

„Ich bin der Hausherr dieser Leute“, antwortet der Biedere schlicht. Richard D'Or.

Tragödie in der Gefängniszelle. Einem tragischen Verhängnis ist ein Mädchen namens Anna Hamann aus Beckbach im Erzgebirge zum Opfer gefallen. Die Hamann war verdächtigt worden, einen Mord begangen und eine Brandstiftung verursacht zu haben, weshalb sie unter Anklage stand und im Bezirksgerichtsgefängnis in Grasshof den Abschluß des gegen sie eingeleiteten Verfahrens harter, auf unaußersichtliche Weise verlobte sich das Mädchen ein scharfes und schwarzes Messer, mit welchem es auf furchtbare Weise Selbstmord beging. Eine Zellengenossin, die auf der Bräuterei lag und in einer Zeitung las, hörte plötzlich ein Geräusch, das wie das Plätschern von Wasser klang; sie sah nach und bemerkte zu ihrem Entsetzen, daß das Plätschern von der Bräuterei der Hamm kam und durch einen Blutstrom verursacht wurde, der aus einer furchterlichen Halswunde der Hamm quoll. Die Hamm hatte sich das Messer tief in den Hals gestochen und sodann durch eine kräftige Drehung des Messers die Halsschlagader und die Gurgel durchgeschnitten. Der Tod trat nach wenigen Minuten ein. Wie wenig sichbaldig die gegen die Selbstmörderin erhobene Beschuldigung gewesen ist, geht daraus hervor, daß am Tage nach der unglücklichen Tat das Gericht verständigt wurde, das gegen sie anhängige Verfahren einzustellen. Die Verurteilung kam um vierundzwanzig Stunden zu spät.

Nachklänge zu Lecian. In Olmütz ist die 34jährige Stefanie Bedlich aus Bosowitz verhaftet worden. Sie wurde beobachtet, als sie sich von der Strafe aus mit der im Olmützer Kreisgericht eingelieferten Marie Klenovitz, der ehemaligen Geliebten Martin Lecians, die an einem Gangfenster des Gefängnisses stand, unterhielt. Die Klenovitz riet ihr, einen verlässlichen Menschen zu suchen und mit ihm nach der Slowakei zu fahren, wo Lecian den größten Teil des geraubten Geldes verborgen habe. Dort könne sie den Schatz ausgraben. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, in wie weit die Angaben der Klenovitz auf Wahrheit beruhen.

Arzt- und Medikamentenverkürzung. Am 11. November fand unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Tisza eine vom Ministerium für Gesundheitswesen und körperliche Erziehung einberufene Enquete statt, welche über eine Regelung der Taxkommissionen, der Arzneitaxe und deren Ausgabe zu beraten hatte. Die Forderungen der Apothekendebitorverbände, welche von den Vertretern der Handels- und Gewerbetreibenden, des Handelsministeriums und der Apothekerverbände unterstützt wurden, lauten:

Eine einheitliche Ausgabe der Arzneitaxe für Privat- und für begünstigte Parteien. Den begünstigten Parteien ist ein Rabatt zu gewähren. Im Falle der Ablehnung einer einheitlichen Taxe gelten als Grundlage für die Berechnung der Preisansätze der Arzneitaxe für begünstigte Parteien: 100 Prozent Zuschlag zum Einkaufspreis für sämtliche Arzneimittele und eine Valorisierung der Arbeitstage vom Jahre 1914, Restringierung der Mitglieder in den Taxkommissionen, wünschenswert unter Ausschluß der Krankenversicherungsvertreter und eine jährliche Überprüfung der Arzneitaxe mit Nachträgen.

Die Vertreter sämtlicher Verbände der Krankenversicherungsanstalten protestierten energisch gegen die Bewilligung der Forderungen der Apotheker und erklärten, überhaupt und bei der jetzigen ungünstigen Situation aller Krankenversicherungsanstalten schon gar nicht für eine Erhöhung der Materialtaxe und Arbeitstage einzutreten zu können. Auf Grund der staatlichen Politik des Ministeriums für soziale Fürsorge wurden im Jahre 1924 bei

den Krankenversicherungsanstalten für Medikamente ausgegeben:
Mitglieder: K8 55.414.355
Angehörige: „ 20.057.847 und am 1. 1. 1925 noch unbezahlte Apotheker-Rechnungen: „ 11.685.550
Slowakei und Karpathenrußland:
Mitglieder: „ 6.921.737
Angehörige: „ 2.038.130 und am 1. 1. 1925 noch unbezahlte Apotheker-Rechnungen: „ 1.917.127
Summe: K8 98.034.746

Von den Gesamtleistungen entfällt auf Medikamente und Heilmittelkosten 11,95 Prozent gegen 10,96 Prozent im Jahre 1923. Der Medikamentenverbrauch steigt von Jahr zu Jahr um viele Prozente und, falls die Forderungen der Apotheker bewilligt werden, könnten die Krankenversicherungsanstalten und der Heilfond im Jahre 1928 vielleicht mit 180 Millionen Kronen für Medikamente und therapeutische Beihilfe rechnen, denn eine Erhöhung der Materialtaxe von 55 auf 100 Prozent und eine Verdreifachung der Arbeits-taxe würde für die Krankenversicherungsanstalten ein Plus von etwa 50 Prozent betragen. Eine solche Belastung aber wäre unerträglich.

Notlandung des Verkehrsflugzeuges Prag-Worchan. Das auf der Strecke Prag-Worchan verkehrende Flugzeug der internationalen Luftschiffahrtsgesellschaft geriet gestern ins Schneetreiben, verlor die Orientierung und mußte in der Nähe von Waldenburg bei Breslau eine Notlandung vornehmen. Der Pilot Reiman wurde leicht verletzt, das Flugzeug schwer beschädigt.

Große Sturmschäden in den Karpaten. Ein ertöndernder Sturm richtete in den Karpatengegenden große Verwüstungen an. In Borslav wurden durch den Orkan zahlreiche Bahnhofsgebäude beschädigt und Häuserdächer davongetragen. Im Dorfe Uheyno in der Nähe von Borslav brach infolge des Sturmes ein Brand aus, der das Dorf gänzlich einäscherte. Zwischen Dobronil und Krosowice wurden große Waldgebiete verwüstet. Der materielle Schaden ist sehr groß. Die Regierung hat für die nothleidende Bevölkerung eine Unterstützungskasse eingeleitet.

Synthetischer Kautschuk als Handelsobjekt. Gestern fand in Frankfurt a. M. eine Jubiläumssfeier des Vereines zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands statt. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Frankfurt a. M. meldet, machte Geheimrat Dr. von Weimberg zum ersten Male authentisch Mitteilungen über die Verhütung der K. G. Farbenindustrie zur Gewinnung von synthetischem Kautschuk. Die Vorbereitungen sind so weit gediehen, daß man in der nächsten Zeit mit einer rationellen und wirtschaftlich lohnenden Herstellung beginnen wird. Der synthetische Kautschuk der K. G. stehe dem natürlichen durchaus nicht nach. Seine Produktionskosten ließen sich demnach vermindern, daß er auf dem Weltmarkt erfolgreich mit dem natürlichen Kautschuk werde konkurrieren können.

Verhängnisvolles Spiel mit Rindhälften. Am Tegernseersee des Hafens Dünkirchen fielen Freitag viele einer französisch-amerikanischen Genossenschaft gehörende Handballen einem Brande zum Opfer. Trotz angestrengter Arbeit der Feuerwehr wurden Waren im Werte von ungefähr zwei Millionen Franken vernichtet. Wie festgestellt wurde, ist das Feuer von einem 14jährigen Araber gelegt worden, der mit anderen Kindern in dem Magazin vor dem Regen Schutz gesucht hatte und dort mit Zündhölzchen spielte. Der Araber ist gefänglich.

Eindbruch in Douaumont. In die große Totenhalle des Forts Douaumont bei Verdun sind in der Nacht zum Freitag Eindringlinge eingedrungen und haben die aus lothbaren Metallen bestehenden Hohlwände der Gruft gestohlen.

Mitglieder Rongo-Flug. Die belgischen Militärflieger Medaels und Verhagen, die seit Monaten auf günstiges Wetter gewartet hatten, um den ersten Flug ohne Landung von Belgien nach dem belgischen Rongo zu unternehmen, sind am Freitag morgen endlich noch strömendem Regen und Nebel vom Flughafen Bevelghem bei Courtrai abgeflogen. Der Wunsch, auf diese Weise das Balkenflugzeug zu leiten, mag bei dem plötzlichen Entschluß eine Rolle gespielt haben. Die ersten Nachrichten, die die Flieger ablandeten, waren recht günstig. Aber kaum waren sie zwei Stunden unterwegs, als sie infolge einer Panne des drohlosen Apparates die Orientierungsmöglichkeiten verloren. Das Flugzeug stieg im dichten Nebel in Nordfrankreich gegen einen Hügel und wurde völlig zerstört. Die beiden Flieger haben schwere Verletzungen erlitten.

Gefälligkeitsurteil eines Minderjährigen. Vor dem Schwurgericht in Rostock hatte sich ein 17jähriger Arbeiter unter der Beschuldigung des Meineids zu verantworten. Er gab zu, zweimal vor Gericht (in erster und zweiter Instanz) bestritten zu haben, mit einem Mädchen in der kritischen Zeit, in

der diese ihr Kind empfing, intimen Verkehr gehabt zu haben, obgleich dies der Fall war. Der Grund? Das um vierzehnjährige ältere Mädchen hatte den jungen Mann zu dieser Aussage überredet, damit sie als Mutter, die einen anderen als Vater des Kindes angegeben hatte, nicht der Alimentsverlustig geht. Dies wäre der Fall gewesen, wenn festgestellt worden wäre, daß zwei Männer ihr beigezogen haben. Der Angeklagte selbst hatte keinerlei Vorteil von seiner „Gefälligkeitsurteil“ gegenüber dem Mädchen, mit dem er nicht mehr in Beziehungen steht. Der junge Jurist entschied sich damit, daß er auf dem Lande groß geworden sei und die Gesetze nicht gekannt habe. Durch Zeitungslektüre habe er auch nichts erfahren, denn für Zeitungen habe er sich nie interessiert. Das Mädchen gab zu, ihren Freund entsprechend „belehrt“ zu haben. Sie würde „nicht so dämlich“ sein und den Verkehr mit ihm zugeben, so daß sie nichts für ihr Kind befürchte. In zweiter Instanz gab sie ihren Bekenntnis noch zu und trug ihren gefälligen Freunde von einst die Meineidsklage ein. Das Urteil gegen den jungen Mann lautete auf die gesetzliche Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus. Das Mädchen wurde lediglich wegen Betrugsversuch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und von der Anklage zum Meineid freigesprochen. Das Gericht gab zu, daß der Angeklagte nur aus Dummheit und Gutmütigkeit gehandelt habe.

Bayrisches, also bayerisches. Bayern, die völkische Ordnungszelle, schneidet in der Kriminalstatistik sehr schlecht ab. Im Reichsdurchschnitt kamen im Jahre 1925 auf 1000 Einwohner 95 Verurteilte, in Bayern aber 12. Im Reichsdurchschnitt ist die Zahl der Verurteilungen überhaupt gegenüber dem Jahre 1924 um 23 Prozent zurückgegangen, in Bayern jedoch nur um 11,7 Prozent. Damit steht Bayern an letzter Stelle, es gibt kein anderes deutsches Land, in dem die Kriminalität so hoch und der Rückgang so gering ist wie in Bayern. — Auch über eine andere typisch bayerische Angelegenheit gibt die Kriminalstatistik Auskunft. Es wurden in Bayern wegen im Zustand der Trunkenheit begangener Verbrechen und Vergehen verurteilt: 1924: 516, 1925: 705, 1926: 830 Personen. Die Trunkenheitsverbrechen vermehren sich also auffallend. Unter den im Jahre 1926 verurteilten Personen waren 358 Familienväter, 40,8 Prozent der Verurteilungen erfolgte wegen gefährlicher Körperverletzung — im Jahre 1925 waren es nur 30,8 Prozent. Schlusfolgerung: Die Alkoholkriminalität nimmt zu, innerhalb der Alkoholkriminalität der Anteil der gefährlichen Körperverletzungen. Die Statistik gibt über die Ursache eine laienhafte Auskunft: Wiederentleben und weite Verbreitung der Herstellung von Starkbier in Bayern. — Diese Alkoholkriminalität hat aber auch eine ernste soziale Seite! Rund 70 Prozent der Verurteilten waren gewerbliche Arbeiter — und das in einem agrarischen Lande.

Der Prinz als Jochpreller. Der in Domäne-Mean wegen Jochprellerei verhaftete Prinz Ferdinand von Bourbon hat schon seit Wochen in Frankreich herrlich und in Freuden gelebt, ohne irgendwas ans Zahlen zu denken. Auf sehr großem Fuße lebte er an der Riviera, wo er sich in einem Torie bei Nizza niedergelassen hatte. Die Rechnungen beglich er mit Schecks, für die keine Deckung vorhanden war, und außerdem ließ er in den verschiedensten Casinos beträchtliche Schecks jurid. In der Pariser Welt ist der Prinz gleichfalls als einer der größten Verschwender bekannt. Obwohl er nie Geld hatte, verkehrte er nur in den teuersten Salons und vornehmsten Hotels. Als sein betrügerisches Benehmen zu einem Skandal zu werden drohte, verhielt seine Gattin ein Eingreifen des Gerichts, indem sie die Schecks bezahlte. Von seiner Frau lebt der Prinz getrennt. Auf Aufforderung des Königs von Spanien mußte er sich seinerzeit ins Ausland begeben, da er sich in der Heimat unmöglich gemacht hatte. Seine Frau, die Tochter eines millionenreichen Großindustriellen in Barcelona ist jedoch mit ihren Kindern in Madrid geblieben.

Aus dem Leben einer Irrensinigen. Dieser Tage migrierte in Falkenau eine junge Frau ein Auto zur Fahrt nach Prag, wo sie angeblich 100.000 K. begeben müsse. In Prag hielt sie sich eine Nacht auf und kehrte dann wieder mit dem Auto nach Falkenau zurück. Sie erklärte dem Autofahrer, daß man das Geld nach Falkenau geschickt habe, wo sie es in der Angelehnung begeben müsse. Dem Autofahrer kam die Geschichte nicht ganz geheuer vor, weshalb er die Polizei verständigte. Ein Wachorgan bezog sich mit der Frau zur Bank, wo diese die Anzahlung von 100.000 K. forderte. Da keine Einlage vorhanden war, wurde die Frau verhaftet. Sie quittierte ihre Festnahme mit einem hübschen „Freut mich sehr“ und erzählte, daß sie erst in fünf Tagen heiraten wolle, den Ehring aber schon aus Vorliebe jetzt trage. Nach alledem muß man annehmen, daß es sich um eine Irrensinige handelt.

Tragödie einer unehelichen Mutter. Vor dem Schwurgericht Rostock hatte sich ein 19jähriges Mädchen aus dem mecklenburgischen Dorf Sollenhagen wegen Kindesentziehung zu verantworten. Sie war voll geständig, ihr am 28. August heimlich und ohne jeden Beistand geborenes uneheliches Kind gleich nach der Geburt getötet zu haben. Wie das auf dem Lande, wo jede geistige Erholung für die schwerarbeitenden, armen Volksschichten fehlt, häufig zu beobachten ist, suchte das junge, unerfahrene Ding, das seit der Konfirmation bei fremden Leuten arbeiten mußte, seine Zerstreuung auf sexuellen Gebieten. Noch ehe sie sich verlobte, hatte sie mit verschiedenen Männern Verkehr. Er blieb nicht ohne Folgen, sie offenbarte sich aber niemandem. Sie kaufte zwar Abtreibungsmittel, nahm sie aber aus Furcht vor körperlicher Schädigung nicht ein. Sie rechnete mit der Entbindung auf Mitte oder Ende September

Trauer-Abteilung

Prusch

Damen- und Nachschick Konfektion

Prag!
Prilopy 27 (Nelle des Grabens)
Grosser Bazar
Nur 1. Stock, Nebenhaus
Telephon 246.17.
Auch besonders große und starke Maße stets auf Lager.

und wollte dazu in die Frauenklinik in die Stadt gehen. Bis zum 28. August berichtete das Mädchen Ernte- und Hausarbeiten. Es war an einem Sonntag, als sie heftige „Regenschmerzen“ bekam, die sie vergebens mit einer Wärmflasche zu beheben suchte. Drei Viertelstunden später war das Kind da. Niemand im Hause hatte davon etwas gemerkt. Der Vater hatte einst gedroht, ihr alle Knochen im Leibe zu zerhacken, wenn sie ihm je ein Kind brächte; der Verlobte wußte nichts von der Schwangerschaft, der Aufenthalt des wirklichen Vaters war ihr unbekannt. Als sie das Kind unmittelbar nach der Geburt durch Würgen, durch Zerschneiden und durch Schläge mit der Faust auf den Kopf. Am anderen Morgen vergrub sie die kleine Leiche im Garten und ging zur Arbeit. Auf Grund einer anonymen Anzeige wurde sie verhaftet. Das Urteil lautete auf 2 1/2 Jahre Gefängnis.

Aufklärung eines dreifachen Mordes. Eine schwere Bluttat, die sich vor vielen Jahren bei Leipzig ereignete, hat jetzt ihre Aufklärung erfahren. Am 11. Dezember 1920 wurden in Anstaltseeberg bei Leipzig das 60 Jahre alte Ehepaar Panzer und dessen 18jähriger Pflegetochter, der Gemeindefassenbeamte Bergmann, ermordet aufgefunden. Jahrelang blieben alle Ermittlungen der Polizei erfolglos. Schließlich hatten sich die Nachforschungen ergeben, daß für die Tat der 1902 in Leipzig geborene Spengler Otto Schulz in Frage komme. Er wurde im Gefängnis in Frankfurt am Main ermittelt, wo er wegen verschiedener Vergehen eine längere Strafe verbüßte. Bei seiner Vernehmung durch Leipziger Kriminalbeamte versuchte Schulz zunächst zu leugnen, legte aber schließlich unter der Last des Verzeismaterials ein Geständnis ab. Schulz ist daraufhin nach Leipzig gebracht worden.

Ein furchtbarer Arbeitskolle. In Danemark brante Ende Oktober ein großer Bauernhof bei Horsens nieder. Ein 50jähriger Tagelöhner kam aufheben dabei in den Flammen um. Da der Polizei die Entstehung des Brandes und das völlige Verschwinden des Tagelöhners merkwürdig vorkam, stellte sie Nachforschungen an. Dabei gelang ihr die grausige Entdeckung: die Leiche des Tagelöhners wurde in der Jauchegrube aufgefunden. Der Sackel war mit einem stumpfen Gegenstand zertrümmert worden. Es lag also offensichtlich Mord vor. Bei einer plötzlich durchgeführten Hausdurchsuchung gelang es der Polizei, das Sparlofenbrot und die Uhr des Ermordeten bei einem 22jährigen Knecht zu finden, der mit dem Tagelöhner in derselben Kammer geschlafen hatte. Unter der Wucht des Beweismaterials gab der Knecht zu, den Tagelöhner ermordet und den Brand zur Verbedung der Spuren angelegt zu haben.

Schwerer Unfall Michael Bohnens. Bei Aufnahmen zu einem neuen Ufa-Film in Neubabelsberg bei Potsdam erlitt am Freitag der berühmte Sänger Michael Bohnen einen schweren Unfall. Nach eifriger Probe war er zehnmal über einen gebetteten Tisch gesprungen und mußte dann eine Fenstertüre aufreißen, um ins Freie zu springen. Dabei fiel eine Fensterscheibe heraus und durchschlug dem Künstler die Hauptader des linken Unterarmes bis auf die Knochen. Bohnen erlitt einen starken Blutverlust, die Wunde wurde sofort im Potsdamer Krankenhaus genäht. Dann wurde Bohnen in seine Wohnung gebracht.

Jugendgleisung bei Prag. Freitag vor zehn Uhr abend entgleiten zwischen Bschenor und Tschernochitz bei Prag der Dienst- und Postwagen des Bilsner Personenzuges Nr. 608, der um 22 Uhr 45 auf dem Prager Wilsonbahnhof einlangen soll. Dem Zugführer gelang es, den Zug sofort zum Stehen zu bringen, so daß es zu keinem größeren Unfall kam. Die Entgleisung entstand durch Beschädigung der Verbindungsstelle zweier Schienen. Da die Bilsner Strecke zu jenen Strecken gehört, die am sorgfältigsten kontrolliert und instandgehalten werden, nimmt man an, daß es sich um einen Anschlag handelt. Durch die Entgleisung blieb der Verkehr auf dem einen Geleise der Strecke gesperrt. Gestern früh traf eine Untersuchungskommission am Unfallort ein.

17. tschechoslowakische Klassenlotterie. 10.000 K:
51.866; je 5000 K: 1606, 2505, 23.718, 26.637, 22.454, 23.788, 97.180; je 2000 K: 10.312, 23.227, 30.102, 41.005, 57.774, 67.806, 77.389, 87.923, 93.661, 98.933, 108.527, 109.874, 117.049; je 1000 K: 3090, 4290, 4542, 8940, 17.829, 20042, 22.751, 23.685, 24.496, 24.518, 24.943, 26.457, 28.215, 31.215, 35.951, 36.627, 37.720, 40.425, 46.813, 44.672, 46.848, 56.449, 65.196, 70.982, 71.938, 78.219, 80.573, 85.642, 85.699, 85.760, 87.641, 88.167, 89.254, 92.172, 92.440, 94.105, 94.342, 94.526, 95.626, 99.346, 100.136, 101.252, 101.616, 101.890, 102.667, 103.856, 107.769, 108.954, 109.109, 112.314, 114.968, 117.142.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

S. J. Prag, Mittwoch, den 16. ds. um 8 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter, Monatsversammlung mit Vortrag. Dienstag, den 15. ds. um 8 Uhr abends im „Sozialdemokrat“ Ausschussführung.

Kunst und Wissen.

Die Wiener Schulreform. Am 14. November um 8 Uhr abends hält Ministerialrat V. Fadrus aus Wien in der Deutschen Gesellschaft für städtische Erziehung im Volkshaus Urania einen Lichtbildvortrag über „Wiener Aufbauarbeit auf dem Gebiete des Bildungswesens und der sozialen Fürsorge“. Das Wiener Schulwesen wurde in der Republik auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Durch das Haupt- und Mittelschulgesetz vom 2. August 1927 ist das dualistische Schulsystem der Monarchie zur Einheitsschule der Demokratie ausgebaut worden. An die vierjährige Grundschule schließt sich die vierjährige Hauptschule als Pflichtschule und die vierjährige einheitliche Unterstufe der Mittelschulen als Wahlschule an. So den tüchtigsten Hauptschülern jederzeit der Uebertritt an die Mittelschule ohne jede Prüfung gestattet gewährleistet ist, sind die Lehrpläne dieser

Kasha 21⁸⁰
102 cm breit in allen Pastell-Farben, 1 m Kē

MODENHAUS

WOLF & SCHLEIM

Rytířská ul. 26. **PRAG** Rytířská ul. 26.

DAMENSTOFFE, SEIDE UND WEISSWAREN.

Montag, den 14. November

beginnt der

WEIHNACHTS-VERKAUF

von Waren schönster Muster und bester Qualitäten. Muster werden auf Wunsch liberal/hin franko eingesandt.

Seiden-Lamé 12⁴⁰
in allen Modenfarben, 1 m Kē

Kasha 21⁸⁰
Bordüre
Neuheit auf Kleidern, 1 m Kē

Fresko 9⁸⁰
Melange
Neuheit auf Kleider glattu. kariert 1 m Kē

Der Weihnachtsverkauf

im Seidenwarenhaus
OTTO KOLLINSKY
Prag II., Rytířská ul. 30.
beginnt Montag, den 14. November

beiden Schularten völlig gleich. Damit ist der Aufstieg aller tüchtigen Kinder ohne Rücksicht auf ihre soziale Lage gesichert. Erziehung und Unterricht an den Wiener Schulen sind nach den Grundgedanken moderner Pädagogik im Sinne der Arbeitsschule, im Geiste der Gemeinschafts- und Lebensschule gestaltet worden. So wird es gelingen, alle Anlagen der Kinder, sowohl der Begabten als der Durchschnittsschüler und der Sorgenkinder zur Entfaltung zu bringen. Um die großen Menschenverluste des Weltkrieges und den Geburtenrückgang wettzumachen, lege die Gemeinde Wien mit ihrer weitestgehenden sozialen Fürsorge in Mutterberatung und Säuglingspflege, Schularzte und Schulärztinnen, Schulaufsichtungen und Ferienheimorganisationen, Kindergärten, Horten und Tagesheimstätten, Erziehungshäusern, Kinderübernahmestellen und Kinderheimen, modernen Sonnen-, Luft- und Wasserbädern und Kinderschwimmbädern, Spielplätzen und einer Anzahl volkswirtschaftlicher Maßnahmen in den neuen Wohnbauanlagen geben ein antichinesisches Bild der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien. Karten bei der „Urania“.

teresse der Industrie, sondern auch um die Arbeiterinteressen handelt (?). Bezüglich der Durchführung wird beantragt, daß das Ministerium für soziale Fürsorge auf Grund der städtischen Ermächtigung der Ziel- sowie der Rastindustrie jene Begünstigungen gewährt, welche in dem Gesetze über den Achtstundentag vorgesehen sind und durch Erlass vom 19. Jänner 1919 anderen Zweigen der verschiedenen Volkswirtschaften gewährt wurden. Diese Forderung widerpricht nicht der Ratifikation der Washingtoner Konvention, weil eine solche Regelung der Arbeitszeit in Volkswirtschaften bereits in Belgien im vollen Umfange praktiziert wird.

Als ein neuer Angriff auf den Achtstundentag, und zwar diesmal in den Steinbrüchen. Das ist nur eine Folge der organisatorischen Zersplitterung dieser Arbeiterschaft. Die Unternehmer kennen deren Schwäche und deshalb erlauben sie sich, nicht nur eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 und sogar auf 10 Stunden täglich zu fordern, sondern auch ganz frech zu behaupten, daß diese Forderung im Interesse der Arbeiter liegt!

Prager Kurse am 12. November.

	Geld	Ware
100 holländische Gulden	1258.62	1264.62
100 Reichsmark	802.00	806.00
100 Kronen	458.87	472.87
100 Schweizer Franken	640.10	652.10
1 Pfund Sterling	163.85	167.05
100 Lire	183.10	184.50
1 Dollar	33.89	33.90
100 französische Francs	1.135	133.15
100 Dinar	59.16	79.66
100 Belgas	580.70	592.70
100 polnische Zloty	377.10	380.10
100 Schilling	474.05	477.05

Gerichtssaal.

Brandlegung aus Rache.

Prag, 12. November. Drei junge Burken, der sechzehnjährige Zvoboda Karoslav und der einundzwanzigjährige Kral Jaroslav, standen heute vor den Geschworenen unter der Anklage der Brandlegung.

Zvoboda war bei einem Landwirt namens Franz Liebeck in Zibed bei Neustaditz als Angeh. angestellt. Wegen irgendeines Abzuges vom Lohne, mit dem der Burke nicht einverstanden war, drehte er dem Bauern mit Rache Tazu lau noch, daß der junge Mensch am selben Hofe ein intimes Verhältnis mit der Schwester des auch heute angeklagten Kral hatte. Die acht Jahre ältere ist als der Burke. Der Landwirt wollte dieses Verhältnis nicht dulden. Das gab den Ausschlag Zvoboda entschloß sich mit dem Bruder seiner Geliebten, die Zehner des Landwirts anzuzünden. In der Nacht vom 11. zum 12. September legte er die Scheune, in welcher sich ein reicher Getreidevorrat befand, in Brand. Der Schwager in ihre half ihm dabei. Die Zehner brannte nieder. Der Schaden betrug 50.000 Kronen, wovon 30.000 K durch die Versicherung gedeckt sind. Kral und Zvoboda wurden verhaftet, beide bekannten sich als die Täter. Die Geschworenen erkannten die Angeklagten mit acht Stimmen für schuldig, worauf der Senat unter dem Vorsitz des LXXII. Savra beide Angeklagte zu je drei Jahren schweren Kerkers verurteilte.

Schändung und Anfechtung der eigenen Schwester.

Olmutz, 8. November. Der 22-jährige J. Bernard aus Zobitz hatte sich eine Syphilis eingebracht. Er wußte nichts davon und heilte sich auch nicht. Nicht genug an dem, er mißbrauchte in krankem Zustande seine eigene, zwölfjährige Schwester und ließe sie an die Anfechtung erkranken. Im März, das Kind kam aber erst im Juni ins Zpsital! Bernard hatte vor den Geschworenen zu verantworten. Die Verhandlung wurde aber vertagt, um erst den Geisteszustand des Angeklagten überprüfen zu lassen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Den organisierten Bankbeamten und Gewerkschaften gewährt das älteste Prager Seidenhaus Ephemim Ebl, Prag, Graben (Prifoky), Ede Mästel gegen Vorweisung der Legitimation 10 Prozent Nachlag bei allen Weihnachtskäufen mit Ausnahme der Gelegenheitskäufe. 5127a

Seidenkleider bereits für Kē 195.— (Kasson „Aera“) bei Busch, Damen- und Badisch-Konfektion en gros & en detail, Prag, Prifoky 27 (Mitte des Grabens gegen Großer Bazar) nur 1. Stock, Eingang im Hause — erste Stiege rechts, keine Schaufenster! 5123a

Mas. Alle Arten Schliff, Hohl- und Drehglas zu Fabrikpreisen. Grob- und Fein- Viktor Wabke, Prag II., Palais „Moruna“-Passage, Abonnement des Blattes: separaten Rabatt. Post- und Staatsbeamten gegen Ratenzahlung. 5123b

Bereinsnachrichten.

„Urania“

Wochenprogramm.

Sonntag, halb 11 Uhr: „Das Tierparadies“, Kulturfilm.

Sonntag, halb 5 Uhr: „Paris und Umgebung“, mit Lichtbildern, Prof. Dr. Großer, Wien.

Montag, 8 Uhr: „Wiener Aufbauarbeit auf dem Gebiete des Bildungswesens und der sozialen Arbeit“, mit Lichtbildern und einer Ausstellung, Min. Rat Fadrus, Wien, gemeinsam mit der „Gesellschaft für städtische Erziehung“.

Montag, 8 Uhr: „Das Tierparadies“, Kulturfilm.

Mittwoch, 3 Uhr: „Zwäerwittchen“, Märchen, Kindernachmittag. Dazu: „Märchen“, mit Lichtbildern, erzählt von Lehrer Scholz.

Wiener Aufbauarbeit auf dem Gebiete des Bildungswesens und der sozialen Tätigkeit mit Lichtbildern und einer Ausstellung, Min. Rat Fadrus, Wien. Die Ausstellung, die Fadrus im Zusammenhang mit seinem Vortrage zeigt, hat auf dem internationalen Kongress für Erneuerung der Erziehung in Locarno, der von mehr als 1000 Vertretern aus 40 Ländern besucht war, Aufsehen und Bewunderung erregt, ebenso wie die dortigen Ausführungen von Fadrus und Glöckl über die österreichische Schulreform große Begeisterung erweckten. Die Ausstellung zeigt Schüler- und Zeichenarbeiten, die in ihrer Fertigkeit und Gewandtheit die besten Beispiele für die neuen Methoden liefern. Ministerialrat Viktor Fadrus ist Leiter der Schulreformabteilung (jetzt Schulwissenschaftliche Abteilung) im Bundesministerium für Unterricht und Mitglied des Stadt-Schulrates für Wien und ist als solcher an der Verwirklichung der Schulreform in den Wiener Schulen beteiligt. Min. Rat Fadrus ist ferner Direktor des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien, in welchem die Lehrer und Lehrerinnen für die Wiener Schulen in hochschulmäßiger Weise in Verbindung mit der Universität Wien herangebildet werden. (Ueber 200 Lehrer befinden die verschiedenen Fortbildungskurse des Pädagogischen Instituts, das sich die Fortbildung der Lehrer und die pädagogische Fortbildung zur Aufgabe macht.) Min. Rat Fadrus ist Herausgeber der Zeitschrift „Schulreform“, der „Schulreform-Bücherei“, der „Lehrerbücherei“ und der „Wiener Arbeiten für pädagogische Psychologie“.

„Bran-Urania-Kino“.

„Die Gardasfürkin“. Pave Gaid! Oskar Marion! Bei schneidigen Tänzen, Aufnahmungen, Wandervildern vergehen zwei Stunden in angenehmster Unterhaltung. Bran-Urania-Kino, heute 3, halb 6 und 8 Uhr Morgen Montag, halb 6 Uhr. Zmetschlagasse, T. 20129.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.
Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2½ Uhr: Kulturverband: „Herbmandöver“; 7½ Uhr, zum erstenmale: „Madonna am Wiesenjaun.“ — Montag, 7 Uhr: „Walzertraum.“ — Dienstag, 7 Uhr: „Sommertraum.“ — Mittwoch, 7 Uhr: „Don Juan.“ — Donnerstag, 7½ Uhr: „Zwölftausend.“ — Freitag, 7½ Uhr: „Madonna am Wiesenjaun.“ — Samstag, 7½ Uhr, zum erstenmale: „Opuzje.“ — Sonntag, 3 Uhr: Arbeiter-Vorstellung: „Elektra“; 7 Uhr, zum erstenmale: „Die Liebeskiste.“ — Montag, 7½ Uhr: Erstes Doppelstüchspiel: „Triumph des Nepion.“ „La Chatte.“ „La boutique fantastique.“
Spielplan der Kleinen Bühne, Sonntag, 3 Uhr: „Sunbur“; 7½ Uhr: „Zwölftausend.“ — Montag, Bankbeamtenvorst. I.: „Amphitryon.“ — Dienstag: „Oily Polly.“ — Mittwoch: „Ein besserer Herr.“ — Donnerstag, Bankbeamtenvorst. II.: „Amphitryon.“ — Freitag: „Amphitryon.“ — Samstag, zum erstenmale: „Lampenschirm.“ — Sonntag, 3 Uhr: „Zwölftausend.“; 7½ Uhr: „Lampenschirm.“ — Montag, Bankbeamtenvorst. I.: „Solvenc.“

Boltswirtschaft.

Ein neuer Angriff auf den Achtstundentag.

Die Unternehmer der Bauindustrie sind mit allen Mitteln bestrebt, in dem Vorgehen gegen alle Nachkriegserrungenschaften der Arbeiterschaft das Primat zu erweisen. Dies bestätigt nachfolgender Bericht, den dieser Tage die „Radobnitsky“, brachten und welcher lautet:

„Zwa; lamowayrupny“ (Verband der Steinindustrie) in Böhmen hat den Ministern und den parlamentarischen Klubs ein Memorandum überreicht, in welchem eine Regelung der Arbeitszeit verlangt wird. In dem Memorandum wird verlangt, daß die Arbeitszeit in den Steinbrüchen zur Zeit der Saison von 8 auf 9 Stunden täglich bzw. in vier Wochen von 192 auf 216 Arbeitsstunden verlängert werde, und wenn es außerordentliche Verhältnisse infolge besonders ungünstiger Witterung oder infolge außerordentlich dringender Nachfolge erfordern, soll die Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich oder 210 Arbeitsstunden innerhalb vier Wochen verlängert werden. Ein ähnliches Gesuch wurde schon früher von der „Zedra ta lidos“ (Vereinigung der Rastindustrie) vorgelegt. Diese beiden Industrien orte weisen darauf, daß sie in weit größerem Maße als irgendeine andere Volkswirtschaft von den Witterungsverhältnissen abhängig sind und bemerken, daß es sich hierbei nicht nur um das In-

5 vorteilhafte Taschentüchertage
vom 12. bis 16. November.
Rudolf Reach
ul. 28. rýna 10

Lernen und Sport.
Deutscher Arbeiter-Lern- und Sportverein, Prag.
Mitglieder, Achtung!
Gemeinsamer Sonntagspaziergang. Heute, Sonntag, den 13. November, nachmittags, findet wieder ein gemeinsamer Spaziergang unter der Führung des Gemeinlichen Z. r. a. d. r. statt. Ziel: Tierbohol, Zährerindental. Treffpunkt: 1/3 Uhr, Endstation Her-Zimie in Straßnitz. Eine Stunde Gehzeit.
Ausschuldhung. Dienstag, den 15. November, 7 Uhr abends im „Sozialdemokrat“ gemeinsame Sitzung der Vereinsleitung und des technischen Ausschusses. Wichtige Tagesordnung.
Voranzeige. Dienstag, den 6. Dezember, veranstalten wir gemeinsam mit den Naturfreunden und Jugendlichen im Saale des tschechischen Gewerkschaftshauses einen heiteren Nikolaus-Abend mit Tanz, Galiet auch den Abend frei.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eisch
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß,
Tisch. Technische Zeitschriften-Gesellschaft in Prag.
Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag.
Die Zeitungsmarktfantatur wurde von der Volk-u. Zeitschriften-Vertriebs mit Erlich Nr. 127 451/VII/27 am 14. Mai 1927 bewilligt.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines SELCHWAREN der Firma **HEGNER & Cie., PILSEN**
Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN. SIND DIE ALLERBESTEN!

Bibliotheken
Schöne, weiche Hände
benutzen sie nur durch Benützung von
„PANAX“
Toilette - Vaseline.
Wird speziell nach dem Waschen mit warmem Wasser. Feinst 99.10 (les) mit Pflodar-Mal dloekehen, Rosen und Velle-engeruch
1 kleine Dose K 130
1 große Dose K 3.—
In jeder Apotheke, Drogerie und Parfümerie zu haben.
Erzeugt von
Fr. Vitek & Co.
Parfümerie Fabrik
Prag II., Vodickova 33.

Praktische Weihnachts-Geschenke!

Wintermäntel

Ihr Kinder, Knaben und Mädchen
Ski-Dress nach Norweger Art.



„HIRSCH“
PRAG, Železná 14

Sechutzmarke

Demartinis

Toiletteseifen
u. Parfümerie

5129

mit der Biene

Was Sie wollen

exakteste Ausführung, tadellose Passform, gute und billige Kleidung, ausgeführt nur von bewährten Schneidern, keine Fabriksarbeit. Dann besorgen Sie Ihre Garderobe ausschließlich bei

BAYER

Größtes
Spezialhaus für
Herren- u. Damenbekleidung

Prag I., Celetná 35
gegenüber dem Palverium.

KULÍK'S KAFFEE

UNTER JEDEM
WEIHNACHTSBAUM!

5130

Kuh & Kráľsch

Erzeugung sämtlicher
feiner Liqueure, Rum
und Brandy etc.
sowie alkoholfreier
Getränke

Teplitz-Schönan

Engros-Verkauf
im Hofgebäude
Hüro I. Stock
Eingang durch den Hausflur.

5127

Muster
gratis und franko.
Auslagen Sonn- und Feiertags
geöffnet.

Modewarenhäuser

L. FISCHER & Co.

Železná 22-26 PRAG I. Železná 22-26

Damen-Wollstoffe für Kleider, Kostüme, Mäntel.
Seide für Wäsche, Kleider, Mäntel.
Weißware, Garnituren, Teppiche.

Spielwaren:

Bilderbuch von 2,50, Baukasten von 5.—
Schaukelpferde von 75.—.

Astoria

unsere gute Qualität
Crepe de Chine

5122 Kč 68.—

Söhl

PRAG I. PRÍKOPY

Amer. „STERLING“ Reflektor
beleuchtet Ihre Auslagen, Kanäle etc.

bei 50% Stromer-
sparnis



5125

Alleinverkauf für die Csl. Rep.:
„ERICSSON“
Elektrizitäts-Komm.-Ges.
SCHOLTA & Co., PRAG I.
Mald nám. I. — Brünn Kesserg. 18.

Beabsichtigen Sie
eine Schreibmaschine
anzukaufen?



Vergessen Sie nicht die 4-reihige
CORONA
neues Modell mit Radschaltung
zu besichtigen!

GIBIAN & Co.,
Prag II., Lucerna. Telef. 29823-24.

André
Lindner
Wirtschaftsingenieur